Morgenausgabe

Nr. 561 / A 284 45. Jahrgang

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschl. Bestellgeld, Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

*

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend", Illustrierte Beilagen „Volk und Zeit" und „Kinderfreund", ferner „Unterhaltung und Wissen", „Frauenstimme", „Technik", „Blick in die Bücherwelt" und „Jugend-Vorwärts"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Mittwoch 28. November 1928

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentägl. von 3½ bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G.m.b.H.

Postscheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Koalitionsbesprechungen.

Grundsätzliche Bereitschaft zur Großen Koalition.

Auf Einladung des Reichskanzlers Müller fand am Dienstagnachmittag eine Konferenz von Vertretern der an der Regierung beteiligten Fraktionen statt. Von der Sozialdemokratie waren die Abgeordneten Breitscheid und Wels erschienen. Zur Behandlung stand die Frage der sogenannten Untermauerung des Kabinetts durch die Schaffung der Großen Koalition. Alle Parteien erklärten sich grundsätzlich mit der Bildung der Großen Koalition einverstanden. Man war auch darüber einig, daß nicht aufs neue Verhandlungen über ein umfassendes Regierungsprogramm oder über Richtlinien geführt werden sollen. Es handelt sich nicht darum, ein neues Kabinett auf die Beine zu stellen, sondern es soll nur eine Umwandlung des bisherigen durch festere Bindung der Parteien stattfinden. Indessen vertraten insbesondere die Deutsche und die Bayerische Volkspartei den Standpunkt, daß es notwendig sei, über eine Reihe von akuten Fragen eine Einigung oder einen Ausgleich zu erzielen, bevor die Arbeiten der neufundamentierten Regierung beginnen könnten.

In der nächsten Sitzung, die der Reichskanzler für Freitag, den 30. November, einberufen will, sollen diese Voraussetzungen der einzelnen Fraktionen näher umschrieben werden.

Wieder keine Einigung!

Die Unternehmer fordern Preisgabe des Schiedsspruchs.

Düsseldorf, 27. November. (WTB.)

Die heutigen Einigungsverhandlungen der beiden Tarifparteien beim Düsseldorfer Regierungspräsidenten Bergemann sind gegen 8,30 Uhr abends abgebrochen worden und werden am Mittwochnachmittag um 3 Uhr fortgesetzt werden.

Während der Verhandlungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände der Nordwestgruppe ergaben sich weitere Schwierigkeiten, so daß es nicht gelang, sich auf eine Vergleichsbasis zu einigen. Die Arbeitgeber drangen auf eine sofortige Einigung, jedoch erklärten die Gewerkschaftsvertreter, an dem Vorschlag des Regierungspräsidenten Bergemann vom 19. November und an ihrem Ergänzungsvorschlag hierzu festhalten zu müssen. Sie baten die Arbeitgeber, im Laufe des Mittwochs hierzu nochmals Stellung zu nehmen. Die Gewerkschaften glauben, daß dieser Vorschlag die beste Grundlage biete, um die Einigungsbestrebungen für beide Teile zu einem günstigen Erfolg zu führen.

Unternehmer fordern Preisgabe des Schiedsspruchs

Bochum, 27. November. (Eigenbericht.)

Ueber den Verlauf der am Dienstag unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten Bergemann-Düsseldorf wieder aufgenommenen Parteiverhandlungen erfahren wir, daß bisher keine Annäherung der Parteien erreicht werden konnte.

Nach wie vor beharren die Parteien auf ihrem Standpunkt. Die Unternehmer sind zu Zugeständnissen nicht bereit. Im Mittelpunkt der Schwierigkeiten steht die Forderung der Unternehmer, daß die Gewerkschaften den zu Recht bestehenden verbindlichen Schiedsspruch preisgeben sollen.

Die Absichten der Unternehmer.

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

Düsseldorf, 27. November.

Am Dienstag morgen sind die Eisenverhandlungen im Düsseldorfer Regierungsgebäude wieder aufgenommen worden. Im allgemeinen werden die Verhandlungen nicht hoffnungsvoll beurteilt. Die Gewerkschaften sind, nach wie vor, zur Einigung und Verständigung bereit. Sie haben einen Vorschlag gemacht, der die Grenzen des Möglichen darstellt; sie haben sich

bereit erklärt, die Arbeit wieder aufzunehmen und das Urteil des Reichsarbeitsgerichts abzuwarten.

Damit machen die Gewerkschaften die Regelung von der endgültigen Klärung des Schiedsspruches abhängig und zeigen zugleich die Möglichkeit, die Fabriken zu öffnen. Das rechnet man den Gewerkschaften gerade in den Geschäftskreisen Rheinlands und Westfalens sehr hoch an.

Auch die Unternehmer wären dem nicht abgeneigt, wenn die Sache mit dem Schiedsspruch nicht wäre. Für die Unternehmer ist die Verbindlichkeitserklärung eben das Lohndiktat, das man brechen will. Seit der bekannten Erklärung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Arbeitgebervereinigung ist den Eisenbaronen in diesem Punkt das Rückgrat sehr gestärkt worden, wenn auch die Sympathieerklärung der beiden Spitzenverbände, den rheinisch-westfälischen Unternehmern mit allen geeigneten Mitteln beizustehen, angesichts des bereits entstandenen, unübersehbaren Schadens gar nichts besagen will.

Wenn also im Düsseldorfer Regierungsgebäude am Rhein kein Wunder passiert, wird überhaupt nichts passieren, bis das Reichsarbeitsgericht sein Urteil gefällt hat.

Das kann unter Umständen bis Mitte Dezember dauern.

Dann ergeben sich zwei Möglichkeiten. Ueber die eine, die ein günstiges Urteil für die Arbeiter voraussetzt, sprach ich mit einem Vertreter der Eisenindustrie. Es ist ein charakteristisches Gespräch, das in seinen wesentlichen Punkten wiedergegeben zu werden verdient.

Er: Gibt das Gericht den Gewerkschaften Recht, dann werden am anderen Tage auf den Tischen der Regierungspräsidenten in Düsseldorf, Münster und Arnsberg die Stillegungsanzeigen liegen.

Ich: Nach der Demobilmachungsverordnung?

Er: Jawohl.

Ich: Daraus dürften sich bestimmt Konsequenzen ergeben.

Er: Ganz richtig. Dann mag das Zentrum zeigen, ob hinter seinem Duisburger Beschluß vom Sonntag (Gemeint ist die Anregung der christlichen Gewerkschaften, durch ein Notgesetz die Oeffnung der Betriebe zu erzwingen. Red.) etwas steckt!

Die zweite Möglichkeit ergibt sich, wenn das Reichsarbeitsgericht den Schiedsspruch für ungültig erklärt. In diesem Fall ist allem Anschein nach damit zu rechnen, daß die Arbeitgeber sofort die Fabriken öffnen.

Dann soll der Kampf in seine zweite Phase treten und der Kampf gegen die Gewerkschaften erst beginnen.

Man setzt dabei den Widerstand der Ausgesperrten voraus und weiter, daß für die dann Streikenden keine Wohlfahrtsmittel usw. mehr aufgebracht werden dürfen. Da nicht alle Ausgesperrten gewerkschaftlich organisiert sind, rechnet man damit, daß putschistische Aktionen die Arbeiterschaft bald zermürben und Hunger und Elend sie zu den alten Bedingungen in die Fabriken treiben werden.

Die Arbeiterschaft in Deutschland muß sich darüber klar sein, daß in Rheinland und Westfalen ein grundsätzlicher Kampf ausgetragen wird. Sie darf aber auch die Gewißheit haben, daß die ausgesperrte Arbeiterschaft an der Ruhr den Aufgaben gewachsen ist, die in den nächsten Wochen an sie herantreten können!

Die Stellung der christlichen Gewerkschaften.

Düsseldorf, 27. November.

In einer vom christlichen Metallarbeiterverband einberufenen Mitgliederversammlung berichtete Bezirksleiter Zimmermann-Köln über die Lage. In der sich an dieses Referat anschließenden Erörterung wurde seitens der Mitglieder u. a. zum Ausdruck gebracht, daß der Rechtsstreit auch dann ausgefochten werden könne, wenn die Betriebe unter den alten Bedingungen geöffnet würden. Eine Entschließung wurde nicht gefaßt.

Volkspartei gegen Unterstützungsaktion?

Der Sozialdemokratische Pressedienst teilt mit:

Der Reichswirtschaftsminister will am Mittwoch im Kabinett seine Bedenken gegen die staatliche Unterstützungsaktion für die Ruhrausgesperrten zur Sprache bringen.

Die volksparteiliche Kritik an der Unterstützung richtet sich in erster Linie gegen den Wegfall der Bedürftigkeits-

Was wollen die Eisenbarone?

Zur Verschärfung des Ruhrkonflikts.

Die Eisenbarone wollen nicht einlenken. Sie wollen allem Anschein nach jetzt erst die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts abwarten. Hält das Reichsarbeitsgericht den Schiedsspruch aufrecht, dann wollen sie mit der Stillegung operieren. Wird der Schiedsspruch verworfen, dann setzen sie ihre Hoffnung auf die Unorganisierten. Sie wollen den Konflikt auf Biegen und Brechen zu ihren Gunsten lösen. Warum? Weil es im Ruhrkonflikt um mehr als um einen Schiedsspruch geht. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" plaudert das unvorsichtig aus. Sie schreibt:

„Es geht in der Tat um mehr als um eine einfache Lohnfrage; es geht um den Bestand der deutschen Wirtschaft, um die Freiheit des Unternehmerstandes, des Standes, der einst als Stütze des Staates galt. Die Gewerkschaften erstreben, wie es eindeutig genug in Hamburg zum Ausdruck gekommen ist, den Ersatz der freien Wirtschaft durch eine sozialisierte oder, wie es milder bezeichnet wird, eine demokratische Wirtschaft."

Diese große Gefahr werde, so fügt die Arbeitgeberzeitung mahnend hinzu, anscheinend in Unternehmerkreisen noch unterschätzt.

Was bedeutet dieses Gerede? Es bedeutet, daß der Scharfmacherflügel den Konflikt vergrößern will.

Wäre es nicht wunderschön, wenn die Ruhraussperrung ähnliche Folgen hätte wie der große englische Grubenkampf? Herrlich — solch ein Kampf bis zum Zusammenbruch des Kampfgedankens in den Gewerkschaften! In England werden die Löhne gekürzt, ohne daß auch nur ein Werk, sei es in der Montan-, Textil- oder Stahlindustrie, daran denkt, die Anlagen zu modernisieren und dadurch auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu werden. Es geht im alten Schlendrian weiter und die Arbeitslosigkeit steigt. Der englische Arbeiter zahlt mit sinkendem Lohn und steigender Arbeitszeit die Kosten. Könnte man nicht auch in Deutschland eine ähnliche Entwicklung herbeiführen? Könnte man nicht auch in Deutschland die Gewerkschaftsbewegung in einem langen zermürbenden Kampf so treffen, daß sie auf Jahre hinaus gelähmt ist? Warum noch länger warten mit einem solchen Kampf? Die Zeit drängt. Wirtschaftsdemokratie, Schlichtungswesen, Wachstum der Gewerkschaften, politischer Vormarsch der Sozialdemokratie — wird es da nicht Zeit, endlich mit einem letzten Versuch das Rad zurückzudrehen?

Die Ruhraussperrung ist der erste Schritt zu einem solchen Versuch. Die Rechnung der Scharfmacher hat nur einen Fehler: sie stimmt nicht; denn die deutschen Gewerkschaften sind frei von Ueberhebung, aber auch frei von Furcht. Der ADGB. hat bis jetzt in den Eisenkonflikt noch nicht eingegriffen. Wer stark ist, kann schweigen. Im Eisenkrieg liegen die Dinge ganz anders als beim englischen Grubenkampf. Dort ein Streik, hier eine Aussperrung. Dort kommunistische Einflüsse, hier Disziplin. Dort ein gewagtes Generalstreikexperiment, dann ein Zurückweichen und danach der Versuch zur Organisierung finanzieller Hilfe durch die gewerkschaftliche Gesamtorganisation — ein unmögliches Beginnen. In Deutschland eine Abwehrbewegung gegen die Mißachtung eines staatlichen Hoheitsaktes. Recht und Moral, der Staat und seine finanzielle Hilfe auf der Seite der Ausgesperrten, die Gewerkschaften finanziell absolut unerschüttert, diszipliniert und entschlossen, mit eiserner Kraft, den Stoß, der ihre Existenz bedrohen sollte, unerbittlich zurückzuschlagen! Beim englischen Grubenstreik die öffentliche Meinung gegen die Arbeiter, bei der Ruhraussperrung für die Arbeiterschaft. Englischer Grubenkampf und Ruhrausperrung — zwei total verschiedene Dinge. Eins nur ist richtig in dem Vergleich: auch die deutschen Scharfmacher möchten in irgendeiner Form die Dinge bis zum Aeußersten treiben, bis zu einem Zusammenbruch der Gewerkschaftsbewegung.

Die Scharfmacher werden mit ihren frommen Wünschen kein Glück haben. Ob sie aber das ganze deutsche Unternehmertum vor ihren Karren spannen können, ist doch mehr als fraglich. Es ist schon sehr zweifelhaft, ob sich die deutschen Metallindustriellen dazu hergeben, für die Eisenindustrie Nordwest die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Schließlich riskieren sie dabei doch allerhand Verluste. Sollten die Bindungen wirklich bereits so stark sein, daß die ganze deutsche Metallindustrie sich in den Konflikt hineinziehen lassen und Kopf und Kragen riskieren muß? Wir möchten das vorläufig noch nicht glauben.

Und der Vorstoß gegen die Unterstützungsaktion des Staates? Von wem und wie soll die Unterstützungsaktion rückgängig gemacht werden? Brauchen die Scharfmacher eine Regierungskrise, weil sie keinen anderen Ausweg mehr sehen? Will sich die Deutsche Volkspartei, deren Wirtschaftsminister in Hamburg die wirtschaftsdemokratische Parole keineswegs als eine Parole des Teufels betrachtet hat, um wahnsinniger Projekte und Pläne willen aus der Reichsregierung verdrängen lassen? Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit!

prüfung. Das muß um so mehr verwundern, als von allem Anfang an von den staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten darauf hingewiesen wurde, daß die Durchführung der Bedürftigkeitsprüfung schon technisch unmöglich ist. Wo hunderttausende Unterstützungsbedürftiger in Frage kommen, ist eine Bedürftigkeitsprüfung nach den Bestimmungen der Fürsorgepflichtverordnung ein Ding der Unmöglichkeit. Die Unterstützungsaktion ist eben nicht mit der normalen Unterstützung der Wohlfahrtspflege auf eine Stufe zu stellen. Deswegen mußte ja auch das Reich von vornherein Preußen bei der Aufstellung der Richtlinien freie Hand lassen. Die staatliche Unterstützung der Ausgesperrten ist eine außergewöhnliche Maßnahme, die infolge außergewöhnlicher Verhältnisse notwendig geworden ist. Mit dem Fürsorgepflichtverordnungsmaßstab ist da nichts anzufangen.

Klägliche Stimmungsmache.

Eine Verdächtigung des Reichsarbeitsministeriums durch die Unternehmer.

Eine ungeheuerliche Verdächtigung des Reichsarbeitsministeriums, die die Verhandlungsatmosphäre im Eisenkonflikt bestimmt nicht fördert, hat sich die „Kölnische Zeitung" (in ihrer Nummer 652a vom Dienstag, dem 27. November) geleistet. Sie ließ sich aus Duisburg folgende Meldung telegraphieren:

„Es hat in Duisburger Kreisen Aufsehen erregt, daß der Sonderbearbeiter des westdeutschen Arbeitskampfes im Reichsarbeitsministerium, Oberregierungsrat Johansen, nicht nur am Samstag an den Verhandlungen vor dem Duisburger Landesarbeitsgericht teilgenommen, sondern angeblich vorher mit dem Vorsitzenden des Gerichts Fühlung genommen hat. Es würde nicht unwesentlich zur Entspannung der Lage beitragen, wenn das Reichsarbeitsministerium über den Zweck der Reise des Herrn Johansen Auskunft geben und die Behauptung zurückweisen könnte, daß das Reichsarbeitsministerium den Richter der II. Instanz kurz vor Beginn der Verhandlungen über die bekannten Auffassungen an amtlicher Berliner Stelle unterrichtet hat."

Im Reichsarbeitsministerium gibt es keinen Oberregierungsrat Johansen; gemeint ist Oberregierungsrat Joachim. Die Justizpressestelle Düsseldorf hat gegenüber der Verdächtigung Joachims bereits folgende Berichtigung veranlaßt:

„Die Zeitungsnachricht, daß angeblich der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Oberregierungsrat Joachim, kurz vor der Berufungsverhandlung über die Feststellungsklage des Arbeitgeberverbandes der Gruppe Nordwest mit dem Vorsitzenden des Duisburger Landesarbeitsgerichtes Fühlung genommen habe, ist unrichtig. Richtig ist lediglich, daß Oberregierungsrat Joachim, der der Verhandlung als Zuhörer beiwohnen wollte, sich einige Minuten vor Beginn der Sitzung dem Gerichtsvorsitzenden vorgestellt hat. Bei dieser kurzen persönlichen Begrüßung hat Oberregierungsrat Joachim in keiner Weise versucht, mit dem Richter Fühlung zu nehmen und ihn über die Auffassung an amtlicher Berliner Stelle zu unterrichten. Es ist vielmehr über die zur Verhandlung stehende Angelegenheit überhaupt nichts gesprochen worden."

Das Reichsarbeitsministerium fügt dieser Richtigstellung hinzu, „daß es den ständigen Sachbearbeiter für Schlichtungsrecht und Arbeitsrechtspflege, wie auch sonst üblich, als Zuhörer zu den wichtigen Verhandlungen entsandt hat. In solchen Fällen entspricht es einem selbstverständlichen Gebot der Höflichkeit, daß der zuhörende Beamte sich dem die Verhandlung leitenden Richter wie dem Chef der Behörde vorher vorstellt".

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung", die die Verdächtigung der „Kölnischen Zeitung" weitergibt, fordert „eine genaue Untersuchung unter Vernehmung der Beteiligten". Die Unternehmerpresse wird mit solchen unverantwortlichen Methoden bestimmt nicht die Sympathie der Bevölkerung für die Scharfmacher hervorzaubern, die bisher nirgends zu finden ist!

Arbeitslos!

20 Prozent Zunahme in den beiden ersten Novemberwochen.

Die Arbeitslosenziffern steigen rapide. Die zunehmende, durch die Jahreszeit bedingte Einstellung der Außenarbeiten in der Landwirtschaft, im Baugewerbe und in den anderen Saisongewerben hat, wie amtlich mitgeteilt wird, in der Zeit vom 1. bis 15. November zu einer weiteren erheblichen Steigerung der Arbeitslosigkeit geführt. Auch die Aussperrung in der nordwestdeutschen Eisenindustrie hat sich auf dem Arbeitsmarkt bereits in gewissem Umfange bemerkbar gemacht.

Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist in der Berichtszeit von rund 671 000 auf 805 000 (davon 630 000 männliche und 175 000 weibliche), das ist um 134 000 oder um 20 Proz. gestiegen. Die Steigerung betrug bei den Männern 114 000 oder 22,1 Prozent. Die Zahl der unterstützten Frauen, die in den vorhergehenden 14 Tagen nach langer Zeit zum erstenmal wieder gestiegen war, und zwar um 4,3 Proz., hat diesmal um 20 000 oder 12,9 Proz. zugenommen.

In der Krisenunterstützung ist die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der gleichen Zeit von rund 93 000 auf 99 100 (83 600 männliche und 15 500 weibliche) oder um 6,6 Proz. gestiegen. Die Zunahme ist hier bei den Männern und Frauen fast gleich.

Sowjetstern und Hakenkreuz.

Parole: Für Wahrheit und Aufbau.

Einer Korrespondenzmeldung zufolge wird in Neustadt a. d. H. am 1. Dezember eine neue Tageszeitung erscheinen, das „Tageblatt für Neustadt a. d. H. und Umgebung". Es wird von dem Kommunisten Kumpf gedruckt werden. Verantwortlich zeichnet der Hakenkreuzler Hanck. Auf den bereits ausgegebenen Bestellkarten heißt es u. a.: Das Tageblatt ist bestrebt, der Wahrheit zu dienen und als Kämpfer für den Aufbau unseres Volkes mitzuarbeiten.

Sowjetstern und Hakenkreuz als Kämpfer für die Wahrheit und nun gar noch für den Aufbau — da lachen die Pferde!

Der Reichswirtschaftsrat.

Beratung des Gesetzentwurfs im Reichstag.

Der Reichstag trat gestern wieder zusammen. Der Einspruch des Abg. Goebbels (Natsoz.) gegen die Ordnungsrufe vom 15. d. M. wird gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten abgelehnt.

Ein deutsch-tschechoslowakischer Grenzvertrag geht an den zuständigen Ausschuß.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs zur Ausführung des Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat. Reichswirtschaftsminister Dr. **Curtius** begründet den Entwurf und bittet um baldige Erledigung.

Abg. Tarnow (Soz.):

Meine Partei begrüßt es, daß nach achtjährigem Provisorium dauerndes Recht geschaffen werden soll. Der Reichswirtschaftsrat ist notwendig in unserem demokratischen Staatsleben. Die bisherige Tätigkeit des Reichswirtschaftsrats kann nicht den Maßstab dafür geben, was er leisten kann, wenn er von den Beschränkungen der letzten Jahre frei ist. Unsere Volkswirtschaft wandelt sich in raschem Tempo nicht nur an der Oberfläche, sondern auch in der Struktur und in ihrem ganzen Wesen. Der Organisationsgedanke und das Herausgehen aus dem eigenen Rahmen treten hervor. Der individuelle Unternehmer ist durch Zusammenfassungen der Industrie ersetzt. Das freie Spiel der Kräfte ist kein bestimmender Faktor mehr. Der Ruf des Hansabundes nach Freiheit der Wirtschaft kann daran nichts ändern. Nicht von außen ist die Wirtschaft unfrei geworden, sondern von innen, durch den Willen der Wirtschaftsführer und durch den Zwang der Entwicklung. (Sehr wahr!) Der Staat von heute ist durch diese Entwicklung in eine viel aktivere Stellung zur Wirtschaft gedrängt worden. Sie wird heute von sehr starken kapitalistischen Kräften gesteuert, die ihr Profitinteresse im Auge haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Diese Kräfte können die größte Gefahr heraufbeschwören, wenn sie unkontrolliert walten. (Sehr richtig!) So werden die Wirtschaftsfragen immer wichtiger für den Staat, der eigene Ministerien für sie errichtet und in dessen Parlamenten sie immer mehr besprochen werden. Es fragt sich deshalb, ob besondere Wirtschaftsparlamente nötig sind.

Natürlich muß im demokratischen Staat die Volksvertretung die oberste Gewalt sein, aber die Heranziehung der Wirtschaft — und zwar nicht nur der Unternehmer — zur Regelung ihrer Angelegenheiten ist geeignet, ihre Verantwortung zu erhöhen. (Sehr gut!)

Früher hat man Arbeitervertreter überhaupt nicht herangezogen. Um so mehr begrüßen wir die Schaffung eines Wirtschaftsparlaments mit einer allerdings nicht zureichenden Hinzuziehung von Arbeitervertretern. Selbstverständlich kann keine Rede von einem Gesetzgebungsrecht des Wirtschaftsparlaments sein. Derartige Gedanken aus der Zeit der Inflationspsychose sind verflogen. Der Reichswirtschaftsrat hat ziemlich einstimmig erklärt, nichts anderes als ein Gutachterparlament sein zu können, ein Aufklärungsposten für die Oeffentlichkeit, ein Beratungsorgan für die Regierung und das Parlament. Wenn der Reichstag sich die Vorarbeiten des Reichswirtschaftsrats bei wirtschaftlichen Vorlagen zunutze machen wollte, würde er sicherlich Zeit und Mühe sparen. Außerdem fordern wir auf Grund Art. 165 der Reichsverfassung entsprechende Berücksichtigung der Arbeiter und Angestellten. Die verfassungsmäßige Bildung regionaler Wirtschaftsräte ist bisher unterblieben. Die Berufskammern sollten sie ersetzen. In ihrer gegenwärtigen Form sind die Berufskammern aber verfassungswidrig. Entweder müssen sie ihren öffentlich-rechtlichen Charakter verlieren oder sie müssen gemäß Art. 165 der Verfassung paritätisch gestaltet werden. Wir wünschen, daß diese Frage nicht mehr weiter verschleppt wird. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Die Millionen Arbeiter und Angestellten, die wir zu vertreten die hohe Ehre haben, wollen sich mit ihrer früheren Rolle im Staat nicht mehr begnügen, sie fordern volle Demokratisierung der Wirtschaft und ihrer Verfassung.

Wir wollen von der privatkapitalistischen Diktatur zum demokratischen und sozialen Wirtschaftsstaat gelangen. Unter diesen Voraussetzungen stimmen wir der Vorlage zu. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Hergt** (Dnat.): Die Vorlage schafft ein Stückwerk. Wir lehnen diesen ohnmächtigen und einseitigen vorläufigen Reichswirtschaftsrat ab. Wir wollen ein Parlament der schaffenden Stände. Es gibt zahllose Persönlichkeiten, die ständig für ihre Mitarbeiter denken und sorgen, diese Persönlichkeiten brauchen wir für den Staat, den sie in Ruhe und Ordnung erhalten werden. (Aha! links.) Zu diesen altkonservativen Gedankengängen ist auch die Produktionsgemeinschaft gekommen, in der der Arbeiter nicht mehr willenloses Werkzeug ist, sondern Kamerad. (Rufe des Erstaunens links.) Sozialisierung wie der Vorredner wollen wir nicht, sondern verantwortliche Teilnahme der Wirtschaft am Staat. Stände das Wirtschaftsparlament neben dem politischen Parlament, so würden Wirtschaft und Gewerkschaft es nicht mehr nötig haben, von der Oeffentlichkeit nicht kontrollierte Einflüsse auszuüben. Die Vertreter der Städte und Landgemeinden sind im Reichswirtschaftsrat nur Konzessionsschulzen. Im alten Preußischen Herrenhaus war die Selbstverwaltung viel stärker vertreten. Das System der Allmacht des Parlaments führt notwendig zum Mißbrauch durch die Parteien auf Kosten der wirtschaftlich tätigen Kräfte und verliert darum jedes Vertrauen im Volk. Als Ausgleich gegen die Massenvertretung braucht man selbständige Persönlichkeiten, wie sie im alten Preußischen Herrenhaus versammelt waren. Wir wollen dem Reichsrat mehr Rechte geben, wie sie etwa der alte Bundesrat gehabt hat. Die Struktur des Reichsrats zeigt erfreulicherweise noch manche Erinnerung an den Bundesrat, er könnte mit dem Ständeparlament organisch verbunden werden. Ueberall wird von Verfassungsänderung geredet, von Einheitsstaat, von der Stellung des Reichspräsidenten, von den Mißtrauensvoten, der Stahlhelm kündigt ein Volksbegehren an, der Jungdeutsche Orden legt einen Verfassungsentwurf vor. Der Reichstag aber tut und sagt nichts. Nützen wir doch diese Gelegenheit zu dem großen Werke der Verfassungsrevision aus! Wir beantragen daher Ueberweisung der Vorlage an einen Sonderausschuß. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Hermes** (Z.) begrüßt den vorliegenden Entwurf. Die bisherige Tätigkeit des vorläufigen Reichswirtschaftsrats hat keineswegs enttäuscht, sondern gibt Anlaß zu günstigen Voraussagen für die Tätigkeit des kommenden endgültigen Reichswirtschaftsrats.

Die Frage des Reichswirtschaftsrats darf nicht mit den großen Fragen der allgemeinen Verfassungsreform verquickt werden. Das würde nur zu einer bedauerlichen Verzögerung der notwendigen Einrichtung des endgültigen Reichswirtschaftsrats führen.

Von einer einseitigen Zusammensetzung des vorgesehenen endgültigen Reichswirtschaftsrats kann man nicht sprechen. Auch die Landwirtschaft findet darin eine ausreichende Vertretung im Rahmen der Gesamtwirtschaft. Wir behalten uns die Stellungnahme zu den Einzelfragen für den Ausschuß vor.

Abg. **Koenen** (Komm.): Durch die Beseitigung oder Verkleinerung der demokratischen Parlamente will man die diktatorische Zentralgewalt der Bourgeoisie errichten. Der Reichswirtschaftsrat soll das nur verschleiern.

Abg. **Beyhin** (D. Vp.): Der Reichswirtschaftsrat kommt nach seiner Zusammensetzung nicht als erste oder zweite Kammer in Frage. Bei dieser Gelegenheit die Verfassungsrevision aufzurollen, ist forciert, ebenso das Schlagwort von der Demokratisierung der Wirtschaft. Die Parität der Berufskammern lehnen wir ab, die 500 000 Handwerksmeister ohne Hilfskraft werden sich nicht unter das Diktat der Gesellen beugen lassen. Die Vorlage sieht eine viel zu starke Vertretung der Konsumvereine vor. Das Angestelltentum wünscht besonders gewürdigt, nicht einfach unter die Arbeitnehmer eingereiht zu werden.

Abg. **Dunkel** (Wirtsch. P.) erklärt sich mit der Vorlage vorbehaltlich der Ausschußberatung einverstanden.

Abg. **Mayer** (Dem.) führt u. a. aus:

Die vom Abg. Hergt so scharf kritisierte Vorlage war bereits von jener Regierung eingebracht, der Hergt angehört hat, und kein Deutschnationaler hat damals Widerspruch erhoben. (Hört, hört! und Heiterkeit links.)

Eine Verfassungsrevision darf keinesfalls im Sinne der Reaktion angefaßt werden. Den Ruhm des erzreaktionären Preußischen Herrenhauses zehn Jahre nach dessen Ende zu verkünden, wie Abg. Hergt es tat, heißt der Vergeßlichkeit des Volkes zuviel zumuten. Wir wollen kein neues Herrenhaus!

Abg. **Rauch** (Bayr. Vp.): Man sollte die ständigen Mitglieder verringern und die nichtständigen vermehren. Die Abgeordnetenimmunität der Mitglieder des Reichswirtschaftsrats muß vor Mißbrauch durch „immune Sitzredakteure" geschützt werden. Die Ermittlungsausschüsse des Reichswirtschaftsrats sollten auch Reichstagsabgeordneten zugänglich sein, denn der Reichstag hat auf Grund solcher Ermittlungen Gesetze zu beschließen.

Abg. **Hepp** (Nat. Bauernp.): Die Landwirtschaft soll unter 151 Mitgliedern nur 29 bis 28 Vertreter haben, das ist eine unerträgliche Ungerechtigkeit. Hier im Reichstag spielen sachliche Gründe oft eine viel geringere Rolle als politische, darum brauchen wir ein Wirtschaftsparlament und überhaupt eine Verfassungsrevision. Der Staat von heute ist bauernfeindlich, als Staat der großen städtischen Massen kann er gar nichts anderes sein. (Lebh. Zustimmung rechts.)

Damit ist die Debatte beendet.

Abg. **Simon**-Franken (Soz.) beantragt im Gegensatz zum Antrag Hergt, die Vorlage dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß zu überweisen.

Das Haus beschließt mit großer Mehrheit in diesem Sinne.

Es folgt die Handwerkernovelle zur Gewerbeordnung, die nach kurzen Erklärungen des Reichswirtschaftsministers Dr. **Curtius** an den Sozialpolitischen Ausschuß geht.

Ein Gesetzentwurf über das Verfahren vor dem Bundesrat für das Heimatswesen wird in allen drei Lesungen ohne Debatte angenommen.

Um 5 Uhr 40 vertagt sich das Haus auf Mittwoch nachmittag 3 Uhr. (Verschiedene Regierungsvorlagen, darunter der Sonderfürsorge bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit.)

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Der Aeltestenrat des Reichstags beschloß gestern, daß am Donnerstag die Interpellation und der Antrag der Deutschnationalen zur Technischen Nothilfe, am Freitag andere Initiativanträge aus dem Hause und von Montag ab das landwirtschaftliche Notprogramm beraten werden soll, zu dem Anträge der Deutschen Volkspartei vorliegen und Anträge des Zentrums in Aussicht stehen. Schankstättengesetz und Strafvollzugsgesetz sollen erst nach Erledigung der Anträge aus dem Hause zur Beratung kommen.

Moskau und Seeckt.

Ein kategorisches Dementi.

Das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet folgende Erklärung, die sich auf eine Nachricht bezieht, die in deutschnationalen Organen zuerst aufgetaucht ist:

Gegenüber der in der Presse aufgetauchten Behauptung, „die Sowjetregierung fordere die Ernennung des Generalobersten von Seeckt zum Botschafter in Moskau und werde jeden anderen Botschafter zwar dulden, aber auch nicht mehr als dulden", wird von zuständiger Stelle folgendes festgestellt:

1. Beide Behauptungen sind vollkommen unwahr und frei erfunden.

2. Die Berufung des Generalobersten von Seeckt auf den Botschafterposten in Moskau ist in keiner wie immer geartete Weise Gegenstand von Gesprächen, Verhandlungen oder Schriftwechsel zwischen deutschen und russischen Stellen gewesen.

3. Damit entfallen alle an die unwahren Behauptungen geknüpften Kommentare und Kombinationen.

Es muß auffallen, daß dieses kategorische Dementi erst nach fünf Tagen erfolgt. Wenn an der von der deutschnationalen „Politischen Wochenschrift" zunächst aufgestellten Behauptung, die von der „Kreuz-Zeitung" am vorigen Freitag ausdrücklich bestätigt und zum Anlaß von Vorwürfen gegen die Reichsregierung genommen wurde, kein wahres Wort ist, warum hat man mit dem Dementi so lange gewartet? Diese sonderbare Verzögerung muß eigentlich den Anschein erwecken, als wäre mehrere Tage lang über die Richtigkeit oder Zweckmäßigkeit einer solchen Entgegnung zwischen Berlin und Moskau hin und her verhandelt worden.

Als deutscher Spion verurteilt wurde in Kattowitz der ehemalige Akquisiteur Richard Schaef aus Myslowitz zu drei Jahren Gefängnis.

Was ist der Staat?

Staatspolitische Debatte im Strafgesetzausschuß.

Der Strafgesetzausschuß des Reichstags begann gestern die Beratung der politischen Delikte, über die auf sozialdemokratischen Antrag zunächst eine Generaldebatte stattfand. In dieser führte

Abg. Landsberg (Soz.)

aus: Bei der Lektüre des Gesetzentwurfs muß man den Eindruck haben, daß sich die vollkommene Veränderung des Charakters unseres Staates, den er durch die Umwälzung bekommen hat, bei der Behandlung der politischen Delikte so gut wie gar nicht bemerkbar macht. Im Obrigkeitsstaat müßten die politischen Delikte anders behandelt werden als im Volksstaat. Diese Delikte richten sich gegen den Staat als Träger von Hoheitsrechten und gegen die Funktionäre des Staats als Verwalter von staatlichen Hoheitsrechten. Der Staat, der den Gehorsam des Bürgers gegen die von Gott eingesetzte Autorität fordert, wird das Strafrecht anders gestalten als der Volksstaat, der eine unbedingte Gehorsamkeitspflicht nicht ohne weiteres zur Voraussetzung hat. Denn die Herrschaft des Staats hängt lediglich von dem Einfluß der Wählerschaft ab und jeder politischen Strömung ist im Volksstaat die Möglichkeit gegeben, die Herrschaft zu erlangen. Der Obrigkeitsstaat will sich so wie er ist, für die Dauer erhalten. Er fürchtet seinen Sturz durch eine Bewegung von unten und errichtet deshalb Dämme gegen eine solche Bewegung, vor allem durch das Strafgesetz. Der Volksstaat darf keine Furcht vor irgendeiner Strömung im Volke haben. Im Volksstaat ist wegen dieser wesentlichen Verschiedenheit vom Obrigkeitsstaat das Bestreben nicht zu begreifen, die politischen Kämpfe zwischen den Parteien im Gerichtssaal fortzusetzen, wo sie münden im Duell zwischen den Vertretern des Staats und den einzelnen, der die Gehorsamspflicht verletzt haben soll. Wir haben nicht das Bedürfnis, im politischen Kampf den Staatsanwalt zum Adjutanten zu haben. Wir fühlen uns Mann genug, mit dem politischen Gegner fertig zu werden, wir haben das feste Vertrauen, daß die Grundlage des Staates unerschütterlich ist, und haben nicht das Bedürfnis nach Bestrafung, wenn jemand an den Fundamenten des Staates zu rütteln sucht. Den echten Hoch- und Landesverräter mag man strafen. **Es muß aber ein Riegel vorgeschoben werden, daß Menschen als Hoch- und Landesverräter bestraft werden, die ihrem Lande sogar Nutzen bringen wollten.** Der Volksstaat muß einen ganz anderen Begriff des Widerstandes gegen die Staatsgewalt einführen als der Obrigkeitsstaat. Auch der Begriff des Landfriedensbruchs muß heute ein ganz anderer sein, als er früher war. Durchweg müssen die Bestimmungen des Gesetzentwurfs grundlegend umgestaltet werden, wenn das kommende Strafgesetz mit dem Charakter des heutigen Staates und einem Volksstaat in Einklang stehen soll.

Abg. **Hergt** widerspricht der Auffassung, daß das deutsche Volk bis zur Revolution in einem Obrigkeitsstaat gelebt habe (Widerspruch bei den Soz.) und findet es komisch, daß er als Deutschnationaler den heutigen Staat in Schutz nehmen und behaupten müsse, daß der Staat das Recht habe, sich zu schützen. Tatsächlich sei die Erfüllung der Aufgaben, die der Staat seinen Beamten stelle, außerordentlich schwer. Freibriefe für ungesetzliche Handlungen dürfen nicht gegeben werden, „die Deutschnationalen dienen dem Staat wie er ist, und wir sorgen für den Staat wie er ist." (Heiterkeit links.) Auch wir wollen nicht, daß die politischen Kämpfe durch die Staatsanwaltschaft vor Gericht gebracht werden.

Abg. Marx (Z.)

führte aus, **daß ein grundsätzlicher Unterschied zwischen der jetzigen und früheren Gestaltung des Staates nicht vorhanden sei.** (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Nach der Auffassung des Zentrums ist der Staat eine Wohlfahrtseinrichtung zum Besten der Bürger und noch heute derselbe Staat wie vor dem Kriege.

(Abg. **Rosenfeld:** Sagen Sie das für das ganze Zentrum?)

Abg. **Marx:** Das ganze Zentrum steht auf diesem Standpunkt. Der Vorwurf, daß das Zentrum sich zu rasch auf den neuen Stand der Dinge eingelebt habe, ist zu Unrecht erfolgt. Wenn eine Ordnung umgestoßen ist, hat das Volk das natürliche Recht, sich eine neue zu schaffen. Dies ist durch die Nationalversammlung geschehen, die auf Grund der denkbar freiesten Wahlordnung nach ruhiger Prüfung und unbeeinflußter Ueberlegung die Verfassung beraten und beschlossen hat. Das Strafgesetz ist ein durchaus wirksames Mittel, die Staatsautorität zu schützen. Die Sozialdemokratie geht von der irrigen Auffassung aus, daß die Menschen besser sind als sie sind, ihre Auffassung hat zur Voraussetzung, daß die Menschen Engel sind. (!) Engel sind sie einstweilen nicht. Es würde ein Riß in unsere ganze staatliche Ordnung kommen, wenn die Ausführungen des Abg. Landsberg anerkannt würden.

Abg. **Koehnen** (Komm.): Seit der Revolution hat sich nicht das geringste verändert. Auch das neue Strafgesetz will genau wie früher nur die herrschende Klasse schützen.

Abg. **Ehlermann** (Dem.): Die Ueberbleibsel des Obrigkeitsstaates im Strafgesetzentwurf müssen zugunsten des Volksstaates verschwinden, aber die Autorität des Volkes muß geschützt werden. Besonders notwendig ist eine Umgestaltung der Landesverratsbestimmungen.

Der frühere Oldenburger Minister Tantzen werde jetzt des Landesverrats bezichtigt, weil er gegen die oldenburgische Regierung Stellung genommen habe und der Reichsregierung Mitteilungen über die finanzielle Lage Oldenburgs gemacht haben solle!

Ein Gesetz, daß solche Beschuldigungen möglich macht, müsse abgeändert werden.

Abg. **Jörissen** (Wirtsch.-P.): Der Staat ist keine Wohlfahrtseinrichtung, sondern **nur zur Aufrechterhaltung der Ordnung da. Er muß sich auf eine Autorität stützen.** Es ist keineswegs die Aufgabe des Staates, dem einzelnen die Sorge für sich und die Seinigen abzunehmen.

Damit schließt die Generaldebatte. Die Spezialdebatte über den Hochverratsparagraphen beginnt am Donnerstag.

Hochwasserschutz im Warthe-Netze-Bruch

Der Hauptausschuß des Landtags stimmt dem Gesetzentwurf zu.

Der Hauptausschuß des Landtags beschäftigte sich am Dienstag mit dem Entwurf eines Netze-Warthe-Bruch-Gesetzes. Der Entwurf entspricht einer alten und energischen Forderung der sozialdemokratischen Fraktion und will Maßnahmen zur Abwendung der Hochwassergefahren und zur Verbesserung der Vorflut im Netze-Warthe-Bruch. Es handelt sich dabei um die Sicherung eines Landesteils, der sich bei einem Flächeninhalt von ungefähr 60 000 Hektar in 90 Kilometer Länge von der Oder bei Küstrin bis zur polnischen Grenze erstreckt und mit seinen zahlreichen Bauerndörfern und 90 000 Einwohnern oft von Hochwasserkatastrophen heimgesucht worden ist.

Der Gesetzentwurf stellt für den Zweck der Sicherung etwa 4,7 Millionen Mark nicht rückzahlbarer Staatsbeihilfen zur Verfügung, wenn die beteiligten Provinzen 3,3 Millionen ebenfalls nicht rückzahlbarer Beihilfen leisten. Der Finanzminister soll die Mittel im Wege des Kredits beschaffen.

Nach einer Debatte wurde der Regierungsentwurf mit der Abänderung **angenommen**, daß die Deichverbände und der Wasserbeirat bei Widersprüchen in der Ausführung der notwendigen Bauten zu hören sind. Gegen den Entwurf stimmten nur die Kommunisten.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

2. Kreis Tiergarten. Heute Mittwoch, 28. November, 18 Uhr, in der Schulaula Bochumer Str. 8, wichtige Bezirksversammlung.

14. Kreis Neukölln. Donnerstag, 29. November, 19½ Uhr, im Lokal Bergschloßhöhe, Karlsgartenstr. 6—11, Kreismitgliederversammlung. Vortrag: „Groß-Berliner Verkehrsprobleme". Ref. Stadtrat Ernst Reuter.

Heute, Mittwoch, 28. November.

8. Abt. 19½ Uhr Zahlabende in den bekannten Lokalen.

102. Abt. Baumschulenweg. Am kommunalpolitischen Kursus beteiligen sich alle Genossinnen und Genossen um 20 Uhr bei Borgmann, Baumschulenstraße Ecke Kiefholzstraße. Vortrag: „Aufbau und Verwaltung der Stadt und der Bezirke."

106. Abt. Johannisthal. Die Funktionäre beteiligen sich an dem kommunalpolitischen Kursus in Baumschulenweg bei Borgmann, Baumschulenstraße Ecke Kiefholzstraße um 20 Uhr. Heute spricht Genosse Bürgermeister Gruno'a.

Morgen, Donnerstag, 29. November.

58. Abt. Charlottenburg. 8. Gruppe. 20 Uhr im Lokal Schutz, Wallstr. 90, Zahlabend, Vortrag, Gruppenangelegenheiten.

104. Abt. Niederschöneweide. Achtung! Die Vorstandssitzung findet wegen des Kursus am Donnerstag um 20 Uhr im Lokal Thiele, Berliner Str. 38, statt. — **Die Genossen werden gebeten, ihre Kinder am Weihnachtsspiel mitwirken zu lassen. Erste Besprechung und Probe am Dienstag, 4. Dezember, 18 Uhr im Jugendheim Oberschöneweide, Laufener Str. 2, Großer Saal.**

108. Abt. Köpenick. 19½ Uhr im Stadttheater, Friedrichstr. 6, Jubilarfeier. Festrede Karl Litke, M. d. R. Konzert, Gesang, Filmvorführung. Zur Deckung der Unkosten werden 20 Pf. Eintritt erhoben.

Frauenveranstaltungen:

121. Abt. Karlshorst. Heute Mittwoch, 28. November, 19½ Uhr, im „Deutschen Haus", Vortrag des Genossen Schiemann (Gesundheitsamt der Stadt Berlin) über „Sexualleben in der Ehe".

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

19. Kreis Pankow. Alle Parteigenossen, die noch im Besitz von Lotterielosen sind, werden gebeten, diese am Mittwoch, dem 28. November, zum Film- und Vortragsabend im Lokal Linder, Pankow, Breite Straße, um 19 Uhr an der Kasse abzuliefern.

Jungsozialisten.

Gruppe Baumschulenweg. Heute Mittwoch, 19½ Uhr, im Jugendheim Ernststraße 16, Fortsetzung des Vortrags über den Dawes-Plan. — **Gruppe Schöneberg.** Achtung! Mitgliederversammlung der Gruppe am Freitag, 30. November, 19½ Uhr, im Heim Hauptstr. 13 (Schwabenlandzimmer). Tagesordnung: Neuwahl der Funktionäre. Anträge zur Generalversammlung. Werbearbeit.

Achtung, Spielgemeinschaft der Jungsozialisten.

Am Mittwoch, 5. Dezember, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Unsere nächsten Aufgaben im Rahmen der Werbearbeit der Berliner Vereinigung. Im Bund, Albrechtstr. 11.

Geburtstage, Jubiläen usw.

32. Abt. Unseren langjährigen Parteimitgliedern Anna und Otto Schmidt, Transvaalstr. 18, die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit.

58. Abt. Charlottenburg. Heute feiert unser langjähriger Genosse Hermann Streich, Pestalozzistr. 71, seinen 60. Geburtstag. Genosse Streich war ein eifriger Mitkämpfer für den Sozialismus und hat immer seine Pflicht erfüllt. Wir gratulieren ihm herzlichst und hoffen, ihn noch lange in unseren Reihen zu finden.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

52. Abt. Charlottenburg. Unser Genosse Karl Schulz, Tegeler Weg 25, ist verstorben. Ehre seinem Andenken. Einäscherung heute Mittwoch, 28. November, 18 Uhr im Krematorium Wilmersdorf.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Die Eintrittskarten für das Planetarium sind ab heute erhältlich.

Heute, Mittwoch, 19½ Uhr.

Weißensee: Heim Parkstr. 26, Funktionärsitzung. — **Arkonaplatz:** Heim Brunnenstr. 1. Vortrag: „Geschichte der Arbeiterbewegung". Arbeitsgemeinschaft III. — **Reichenberger Viertel:** Heim Britzer Str. 27—30. Vortrag: „Sozialdemokratie und Wehrproblem". — **Süden:** Heim Parkstr. 11. Beteiligung an der Mitgliederversammlung der Partei. — **Charlottenburg-Nord:** Heim Olbersstraße (Städt. Spielplatz). Vortrag: „Der Schulentlassene" (II). — **Tempelhof:** Heim Germaniastr. 4—6. Vortrag: „Vorkämpfer des Sozialismus" (II). — **Neu-Lichtenberg:** Heim Hauffstraße. Vortrag: „Warum und wie wandern wir?" (Aussprache). — **Lichtenberg-Mitte:** Beteiligung an der Werbebezirksveranstaltung im Heim Gunterstraße.

Werbebezirk Lichtenberg: Im Heim Gunterstr. 44, Vortrag der Genossin Clara Bohm-Schuch über „Sozialistische Lebensführung".

Werbebezirk Osten: Der Bildungskursus findet nicht im Heim Eberlystraße, sondern Diestelmeyerstraße 5—6, statt.

Sozialistische Schülergemeinschaft der SAJ. Wedding: 17½—20 Uhr im Heim Gotenburger Str. 2. Vortrag: „Otto Braun".

Sozialistische Schülergemeinschaft Gruppe O. S. R.: Ausspracheabend: „Was will die S. S. G.?" 17½ Uhr Boxhagener Str. 40, Kl. U. II.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Alle interessierten Genossinnen und Genossen nehmen morgen Donnerstag an dem Gymnastikkursus unter Leitung des Genossen Gleisner in der Turnhalle der weltlichen Schule Danziger Str. 23 von 19—20 Uhr teil.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Neukölln-Britz. 1. Kameradschaft, 1. Zug. Mittwoch, 28. November, 20 Uhr, Versammlung bei Grommek, Tauberstr. 18. Vortrag Kamerad Kruse: „Wirtschaftspolitik und Presse". Die Zugversammlungen finden jetzt regelmäßig jeden letzten Mittwoch im Monat statt.

Deutscher Esperanto-Bund. Ortsgruppe Berlin. Freitag, 30. November, 20 Uhr, Konditorei Dobrin, Hackescher Markt.

Vornehmer
Mantel
aus hervorragend schönem Ottomane, ganz auf elegantem Futter, mit vollem Bubipelzkragen und breiten Pelz-Manschetten, festem Gürtel mit Schnalle. Der überaus schnittige und kleidsame Mantel kostet
nur **59.-**

Aeußerst geschmackvolles
Kleid
aus reinwollenem Papillon-Electra, mit Kragen- und Aermel-Auflage und einem kleinen Wasserfall aus Crêpe Georgette, mit feiner Biesengarnierung und modernem Glockenrock, Gürtel mit Schnalle. Das ebenso dezente wie reizvolle Kleid kostet in allen Größen und vielen Farben
nur **29.-**

Aus unserem Wäschelager:

Bettgarnitur
in vorzüglichem Linon, mit zwei Kissenbezügen, mit Knöpfen und Knopflöchern
nur **8.75**

Herren- und Damen-Pyjamas
in fescher Verarbeitung, aus guten Stoffen
nur **8.-**

Leopold **Gadiel**

Das Haus für grosse Weiten

Extra-Angebot für Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend!
Ideale Weihnachtsgeschenke für stürmische und naßkalte Wintertage sind
Strickwaren, die **schmücken** und **schützen.**
Eine **große Menge** dieser **beliebten Kleidungsstücke sind vorrätig**
Wollene Strick-Pullover, Jumper, Jacken, Westen, Kleider
in staunenerregender Auswahl für jeden Geschmack, jede Kaufkraft, auch für stärkste Figuren.
Einige Beispiele für die **fabelhaft billigen Preise** unseres Angebots:

Blendend schöne **Strickkleider** Serie I nur **19.-** Serie II **22.-**

Echte Wiener Pullover offen und geschlossen zu tragen, in guten Qualitäten, vielen Farben und neuen Dessins nur **7.-**

Theater, Lichtspiele usw.

Mittw., d. 28. 11. **Staats-Oper** Unter d. Linden A.-V. 151 19½ Uhr **Die Macht des Schicksals**

Mittw., d. 28. 11. **Städtische Oper** Bismarckstr. Turnus II 20 Uhr **Tosca**

Staats-Oper Am Pl. d. Republ. R.-S. 190 20 Uhr **Fidelio**

Staatl. Schauspielh. Am Gendarmenmarkt A.-V. 213 19 Uhr Zum 1. Male: **Die Petroleum-Inseln**

Staatl. Schiller-Theater, Charlbg. 20 Uhr **Der Londoner verlorene Sohn**

SCALA
8 Uhr B 6 Barbarossa 9256
Jack Hylton, der unumstrittene Jazz-König Europas, mit seinen 18 Solisten und weitere zum ersten Male in Berlin auftretende internationale Stars.

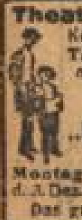
Großes Schauspielhaus 8 U.
CASANOVA
mit Michael Bohnen. Regie: Charell. Sonntag 3 U. Nachmittag-Vorstellg. z. halb. Preisen (ungekürzte Vorst.)

Parkett **30 Pf.** im **Walhalla-Theater-Varieté!**

8½ Uhr **CASINO-THEATER** 8½ Uhr
Lothringer Straße 37.
Der neue Posse-Schlager!
August, die Kanone!
Dazu ein erstklassiger bunter Teil.
Für unsere Leser Gutschein für 1—4 Pers. Fauteuil nur 1.15 M., Sessel 1.65 M. Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0,80 M.

Komische Oper 8½
James-Klein-Revue:
Tausend Frauen!!
Die große Revue der „Freien Liebe"
Parkett nur 4,50 Mk.

CIRCUS BARUM
Massiver Winterbau m. Dampfheizung
Bln.-Neukölln, Rütli-, Ecke Weserstr.
Tägl. 8 Uhr abds.: Ein Programm wie es der Berliner sehen will.

Theater a. Kottbusser Tor

Kottbusser Str. 6 Tel.: Mpl. 14077
Täglich 8 Uhr, auch Sonntag nachm. 3 Uhr (ermäß. Preise)
Elite-Sänger mit
„Dietrich, benerrsche Dich!"
Stammtisch „Nutlos"
Montag d. 3. Dez. **Benefiz** für die Mitglieder
Das große Weihnachtsprogramm!

Volksbühne Theater am Bülowplatz 8 Uhr **Macbeth**

Theater am Schiffbauerdamm Täglich 8 Uhr **Die Drei-Groschen-Oper**

Thalia-Theater 8 Uhr **Schneider Wibbels Auferstehung**

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr **Der Londoner verlorene Sohn**

Th. am Schiffbauerdamm Täglich 8 Uhr **Die Drei-Groschen-Oper** Paulsen, Valetti, Ander, Gerron, Schaufuß, Kühl, Loovski. Telephon: Norden 1141 u. 281

Vorverkauf auch im Pavillon d. Reinhardtbühnen, Kurfürstendamm, Ecke Uhlandstraße Bismarck 448 u. 449.

Deutsches Theater Norden 12 310 8 U., Ende nach 10¼. **Die Verbrecher** Schauspiel von Ferdinand Bruckner Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele Norden 12 310 8½ U. Ende geg. 10 Zum 50. Male: **„Ehen werden im Himmel geschlossen!"** Komödie von Walter Hasenclever Regie: Forster Larrinaga.

Die Komödie Bismarck 2414/7516 8½ Uhr, Ende 10½. **„Olympia"** von Franz Molnar Regie: Forster Larrinaga.

HALLER-REVUE **„Schön und schick"** Th. im Admiralspalast Täglich 8½ Uhr

Mittwoch 3½ U. **Frau Holle** Kindermusical. H. Preise

Thalia-Theater Dresdener Str. 72-73 8 Uhr **Schneider Wibbels Auferstehung** Sendschi. Gredieinski.

Planetarium am Zoo Eing. Kurf. Joachimsthaler Straße Noll. 1378 16 Uhr **Der Sternhimmel im Winter** 18 Uhr **Erde und Weltenraum.** 20 Uhr **Sonne u. Sterne**

Renaissance-Theater 8¼ Heute 8¼ **Ton in des Töpfers Hand** von Theodore Dreiser. — Deutsch von Paul Eger. Regie: Gust. Hartung.

Theater des Westens Täglich 8½ Uhr **Josephine Baker** in der neuen Revue Mus. v. Fr. Holländer mit **Hal Sherman.**

Barnowsky-Bühnen Th. Königgrätz. St. Täglich 8½ Uhr **Der Frauenarzt** Schauspiel von Hans J. Rehfisch

Komödienhaus Tgl. 8½, Ende 10½. **Perlenkomödie** von Bruno Frank

Theater in der Stadt Kommandantenstr. 57 Dönh. 919. 8½ Uhr Ueber 300 Mal: **Spiel im Schloß** Anekdote von Franz Molnar. Regie Eugen Robert

Theater am Nollendorfplatz Täglich 8½ Uhr **Wiener Blut** Oper v. Joh. Strauß Mittwoch 4 Uhr **Das neugierige Sternlein**

Saltenburg-Bühnen Dts. Künstler-Th. 8 Uhr **Die Herzogin von Chicago** Operette von Emmerich Kalman

Lessing-Theater 8½ Uhr Alb. Bassermann, Lucie Mannheim **„Herr Lamberthier"** Drama von Louis Verneuil.

Th. in der Lützowstr. Kurf. 9209. Täglich 8½ Uhr Sonntag auch 4 Uhr **L. M. Lommel** in: **„Runxendorf auf Welle 0,5"** Rundfunkhörer halbe Preise

Lustspielhaus Friedrichstr. 236 Bergmann 2922/23 Täglich 8½ Uhr Das Zugstück von Berlin **Arm wie eine Kirchenmaus**

Rose-Theater Gr. Frankfurter St. 132 8½ Uhr. **Die Ratten**

Trianon-Th. Täglich 8½ Uhr **Die Ehre** Rundfunkhörer halbe Preise

Kleines Theater Täglich 8½ Uhr **Max Adalbert** in **Der Dickkopf** Sandrock, Landa, Sterler, Sikla.

Metropol-Theater Täglich 8½ Uhr **Friederike** Musik von Franz Lehar **Käthe Dorsch Richard Tauber** Hilde Wörner • Beßpermann Arnstaedt • Sternburg Dora Reg Limburg Die Kasse ist den ganzen Tag geöffnet. Telephon: Zentrum 378 u. 9393

Reichshallen-Theater Abends 8 Sonnt. nchm. 3

Stettiner Sänger Neu! Neu! **Hamlet im Heringsladen** Burleske v. Meysel Nachm. halbe Preise, volles Progr. Dönhoff-Brettl: Varieté — Konzert — Tanz

Winter Garten Tägl. 8 Uhr **4 Runaways** neueste amerikanische Excentric-Sensation und weitere Varieté-Neuheiten. Rauchen gestattet

Es ist neu erschienen:
Der illustrierte sozialdemokratische Abreißkalender 1929
Jede Seite bringt Illustrationen. Der Kalender kann in jeder Hinsicht als Quelle und Hilfsmittel dienen. Er bringt Zitate aus sozialistischen Werken, eine Fülle von Sentenzen in Poesie u. Prosa. Nahezu 100 Verbände geben hier authentischen Bericht. Der Kalender kostet **2 Mark**
Zu haben in allen Parteibuchhandlungen sowie durch die Botenfrauen des Vorwärts.

Elsu-Metall-Betten, Kinderbetten, Stahlmatratzen, günstig an Priv. Kat. 2061 k. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeige
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Former
Georg Schmidt
geb. 16. September 1886, am 26. November gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Freitag, dem 30. November, 19½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße, statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Nach langem, schwerem Leiden entschlief am 26. November unser
einziger Sohn
Bräutigam, Schwiegersohn und Schwager, kurz vor Vollendung des 30. Lebensjahres.
Im Namen der Hinterbliebenen
Max Neske und Frau
Falkenberg, Gartenstadtstr.
Die Einäscherung findet am 30. November, 19½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstr., statt.

Am 25. November nachmittags ist mein Mann, der Photograph
Wilhelm Dietrich
unerwartet aus dem Leben geschieden. Ursache: Folgen der im Felde erlittenen Verschüttung. Dies zeigt an
Maria Dietrich geb. Weiß
Berlin-Britz, Rudower Str. 78.
Die Beisetzungsfeier findet am 1. Dezember, nachmittags 4½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Am Montag, dem 26. November, verstarb plötzlich und unerwartet mein innigstgeliebter Mann, unser treusorgender Vater
August Fischereit
im 54. Lebensjahre.
In tiefer Trauer
Gertrud Fischereit und Kinder.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, 29. November, 15 Uhr, von der Leichenhalle des Lankwitzer Gemeindefriedhofs aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Wahlkörperversammlungen
der arbeitslosen Mitglieder.

Wahlkörper I.
Heute, Mittwoch, den 28. November, vorm. 11 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstr. 83/85:
Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser, Schnittarbeiter, Drahtarbeiter, Autogenschweißer, Eisen-, Metall-, Revolverdreher, Karussell- u. Bohrwerksdreher, Rundschleifer, Schraubendreher u. Automaten-Einrichter.

Wahlkörper II.
Donnerstag, den 29. November, vormittags 11 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstr. 83/85:
Eisenformer, Metallformer, Kernmacher, Bau- u. Werkstattklempner, Rohrleger, Rohrlegerhelfer, Emaillierer, Wickler, Feilenhauer.

Wahlkörper III.
Freitag, den 30. November, mittags 12 Uhr, im Arbeitslosensaal des Verbandshauses, Linienstraße 83/85 (parterre):
Industrieschmiede, Kesselschmiede, Kupferschmiede, Wagen- und Hufschmiede, Bauanschläger, Walzwerkarbeiter, Eisenkonstruktions-, Auto-, Maschinen-, Bau-, Schwarzblech- und Karosserieschlosser.

Wahlkörper IV.
Sonnabend, den 1. Dezember, vormittags 11 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstr. 83/85:
Werkzeugmacher, Scharfschleifer, Einrichter, Mechaniker, Uhrmacher, Optiker, Gold- und Silberarbeiter, Arbeiterinnen, Gießerei- und Hilfsarbeiter, Schleifer, Galvaniseure, Gürtler, Drücker, Graveure, Ziseleure, Elektromonteure, Hilfsmonteure, Zigarettenmaschinenführer und Betriebshandwerker.

Tagesordnung:
1. Beratung der Anträge zur Generalversammlung am 16. Dezember 1928.
2. Wahl der Delegierten.

Zutritt haben nur diejenigen Mitglieder, die im Verbandsbuch die Berufsbezeichnung haben, für welche die Versammlungen aufgerufen sind.
Ohne Mitgliedsbuch und Arbeitslosenkarte kein Zutritt.

Achtung! Drahtarbeiter Achtung!
Heute, Mittwoch, den 28. November, abends 7 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21
Branchenversammlung der Drahtarbeiter.
Tagesordnung: 1. Die Lage in der Drahtindustrie. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Zur **Silberhochzeit** unseren Genossen, dem Bezirksverordneten
Karl Gronwald u. seiner lieben **Gemahlin**
die besten Glückwünsche!
Die Genossen der 120. Abteilung Berlin-Friedrichsfelde.

Verkäufe

Beachtenswert! Deutsches Teppichhaus Emil Lefèvre seit 1882 nur Oranienstraße 158. Keinerlei Beziehungen zur ähnlich klingenden Firma. Man achte auf Vornamen Emil.

Oefen, eiserne, jeder Art und Größe von 12,50 an, Amerikaner, Irische, Dauerbrand (auch für Säle bis 5000 cbm), transportable Kachelöfen. **Kochherde,** Gas-, Kohle-Oefen, Ofenröhren, Ofenrohr, Waschkessel, Waschmaschinen, Wringmaschine, Wäscheroller. Teilzahlung. Die alte Spezialfirma Semmler & Bleiberg, Dresdenerstraße 99—100.

Bettenverkauf! Kissen 9,75! 12,—, 19,50! Prachtbette 27,50! Bauernbetten 32,—! Daunige 37,50! Kinderbetten 4,75! Bettwäsche! Inlette! spottbillig und gut! Keine Lombardwaren. Bettenhaus, Brunnenstraße 47.

12 Puppenwagen, 9 Kinderwagen, 6 Kinderbetten, infolge Minimalfehler spottbillig. Kinderwagenhaus Große Frankfurter Straße 67, gegenüber Markusstraße.

Kleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Kavaliersgarderobe vom Maßschneider, Smokings, Anzüge, fabelhaft billige Preise. Empfehle Lederpelzmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sportjacken. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weitester Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz.

Wenig getragene Jackettanzüge, teils auf Seide, 18,—, Smokinganzüge, Frackanzüge, Lederpelzmäntel, Paletots, staunend billig. Gelegenheitskäufe in neuer Herrengarderobe. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203—204, Ecke Rosenthalerstraße. Keine Lombardwaren.

Ohne Anzahlung. Damen- u. Herrengarderobe, Kindermäntel, Strick- und Wollwaren, Bett- und Leibwäsche aller Art gegen bequeme Wochenraten von 1 Mark an. R. Blitz, Breslauerstraße 5, II. Nähe Schlesischer Bahnhof.

Achtung! Durch sehr günstigen Einkauf bin ich in der Lage, Damen-, Backfischmäntel, Kleider weit unterm Herstellungspreis zu verkaufen. Ich bitte um Besichtigung meines Lagers. Mossau, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 238, vorn III links.

Möbel

Möbel-Schwager, Weihnachtsangebote. Preise bedeutend herabgesetzt. Ankleideschränke 48,—, Vertikos 35,—, Trümeaus 36,—, Plüschsofa 65,—, Rauchtische mit Glaskasten 21,—, Schlafzimmer, Speisezimmer, Küchen, Zahlungserleichterung. Berlin N., Kastanienallee 45—46.

Patentmatratzen, „Heimstätte"-Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues Walter, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft.

Auffallend billig! Schlafzimmer, echt Eiche, 180 breit, mit Facettenspiegel, voll verarbeitet, 375,—. Polierte Schlafzimmer, Mahagoni, langjährige Garantie, 650,—. Speisezimmer, echt Eiche, 200 breit, ganz schwere Ausführung, komplett 540,—. Herrenzimmer, 220 breit, gediegene Arbeit, komplett 365,—. Standuhren 68,—. Anrichteküchen, siebenteilig, 98,—.

Kleiderschränke, furniert, 150 breit, dreiteilig, auf Wunsch, mit Facettenspiegel, Wäscheabteilung, 128,—, furnierte Bettstellen 42,—, Waschkommoden mit weißem Marmor, Facettspiegel, 75,—, Nachttische 13,—, Apotheken 12,—, Sofas 65,—, Ruhebetten 16,—, Diplomaten 52,—, Bienentische 78,—, Riesenauswahl in kompletten Ausstattungen und Einzelmöbel. Zahlungserleichterungen. Bequeme Anlieferung durch eigenes Fuhrwerk.

Gelegenheit! Büfett 75,—. Nußbaum-Schreibtische 30,—, Umbauten 32,—, Kleiderschränke 18,—, Vertikow 15,—, Waschtoiletten mit Marmor 14,—, Küchen 24,—, Bettstellen 15,—. Baumgeschäft.

Möbel-Magazin, Invalidenstraße 131, Laden, am Stettiner Bahnhof. Stammhaus: Rügenerstraße 19.

Möbel-Kamerling, Kastanienallee 38. Herrenzimmer, Gobelingarnituren, Klubtische, Armlehnsessel. Riesenauswahl. Spottpreise. Zahlungserleichterung.

Möbelkäufer merkt Euch! und der Möbelbasar. große Auswahl. Kleine Preise! Beispiele:
Schlafzimmer 455, Speisezimmer 345, Herrenzimmer 300, Spiegelschränke 115, Anrichteküchen 75, Kleiderschränke 48, Holzbettstellen 48, Chaiselongues 28, Metallbettstellen 16, Auflegematratzen 15. Sonstige Möbel entsprechende Preise. Teilzahlung ausschlaggebend, Wochenraten, Monatsraten, Kleine Anzahlungen. Kassa-Rabatte bis zehn Prozent. Kredite bis zwei Jahre. Neukölln, Hermannplatz 7; Steglitz, Schloßstraße 107; Belle-Alliance-Straße 92, Untergrundbahnhof.

Musikinstrumente

Einkpianos, übertand preiswert. Pianofabrik Emil Brunnenstraße 85.

Gebrauchte Pianos, Teilzahlung, Herer, Reinickendorfer Straße neunzig.

Pianos, neu und gebraucht, mit herrlicher Tonfülle, ohne Anzahlung, kleine Raten, sehr preiswert. Langjährige Garantie. Pianohaus, Königgrätzer Straße 31.

Bandonions, Lange, billig, weltberühmt. Fabriklager, Fabrikpreise. Teilzahlungen, kleine Anzahlung. Musikweigel, Thalbergstraße 21.

Radio

Knaben 3,50, Kopfhörer 3,50, Sparröhren 1,50, Apparate Teilzahlung, Drehkondens 1,30, Schönleinstraße 2.

Fahrräder

Fahrräder, erstklassige Markenräder, Teilzahlung. Fahrradhaus Centrum, Linienstraße neunzehn.

Nähmaschinen

20 Mark Vergütung bei Kauf. Nähmaschine, als Anzahlung Woche 2,— an. Postkarte genügt. Sämtliche Systeme. Nähmaschinengeschäft. Olten, Richtersstraße 34.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Zinnmetalle, Quecksilber, Silberschmelze, Goldschmelzerei Christianat, Köpenickerstraße 29 (Hallesche Straße Adalbertstraße).

Briefmarken, Münzen kauft Grotmann, Johannisstraße 4.

Unterricht

Schnellfördernde Privatzirkel, Kurzschrift, Maschinenschreiben, Buchhaltung, Bücherrevisor Kulich, Sendelstraße 1, Spittelmarkt.

Verschiedenes

Vergnügungen

Colibri-Säle, Schöneberg, Martin-Luther-Straße 69, täglich, außer Montags und Dienstags, großer Ball der reiferen Jugend.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Zum möglichst baldigen Antritt ein
politischer Redakteur
für die **„Freie Presse", Elberfeld**
gesucht. Ausführliche Angebote bis zum 1. Dezember an Heinrich Stehr, Elberfeld, Robertstr. 8, „Freie Presse", erbeten.

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" und trotzdem **!! billig !!**

Perfekte **Löterinnen** für Taschenlampen- u. Anodenbatterien stellt sofort ein R. Sachs G. m. b. H. Batteriefabrik Berlin SO 16, Neanderstr. 4.

ROEDER **Boersenzack** ORIGINAL ALLER BREMER BÖRSENFEDERN

Die Einschaltung der „Repko".

Falls Deutschland nicht einverstanden, soll es die Initiative ergreifen.

Paris, 27. November. (Eigenbericht.)

Die von einem Teil der deutschen Presse an der hier beabsichtigten Beauftragung der Reparationskommission mit der Auswahl und Ernennung der Sachverständigen geübte Kritik wird an hiesigen amtlichen Stellen als keineswegs stichhaltig bezeichnet, da die französische Regierung mit diesem Vorschlag lediglich die ganze Angelegenheit einen Schritt vorwärts bringen wollte. Die „Repko" (Reparationskommission) sei ihr am geeignetsten erschienen, weil ihr gemäß dem Friedensvertrag ohnehin die Aufgabe obliege, von Zeit zu Zeit die nötigen Maßnahmen zur Feststellung der deutschen Zahlungsfähigkeit und eventuellen Abänderung der Zahlungsmodalitäten zu ergreifen. Es sei dabei jedoch nie verkannt worden, daß die Situation heute eine andere als im Jahre 1923 sei und die Vertreter Deutschlands mit vollkommen gleichen Rechten an der Beratung teilnehmen würden. Man stehe hier auf dem Standpunkt, daß die deutsche Regierung, falls sie diese Auffassung nicht teile, am besten selbst die Initiative zur Einberufung der Konferenz ergreife.

In bezug auf Amerika würde man es anscheinend ohnehin nicht ungern sehen, wenn Deutschland die Einladung übernehme. Jedenfalls will man sich, was Termin und Ort der Konferenz anbetrifft, keinesfalls festlegen, bevor über die Teilnahme amerikanischer Sachverständiger entschieden ist.

Wünscht Frankreich Hilfstruppen im Sachverständigen-Ausschuß?

Wie der Pariser Vertreter der Telegraphen-Union zu erfahren behauptet, dürfte der französische Ministerrat mit dem auf Veranlassung Poincarés gefaßten Beschluß, die Sachverständigen durch die Reparationskommission ernennen zu lassen, die Absicht verfolgen, den anderen Staaten, wie beispielsweise Polen, Rumänien und Jugoslawien, die bekanntlich in der Reparationskommission gleichfalls vertreten sind, die Möglichkeit zu geben, ihrerseits Beobachter in die Sachverständigenkommission zu entsenden.

Wie erinnerlich, hatten Vertreter der genannten Staaten als Beobachter auch an den Beratungen des Dawes-Komitees in London teilgenommen und hatten später, als eine Uebereinstimmung zwischen Deutschland und den Alliierten erzielt worden war, Gelegenheit, hierzu ihre Zustimmung zu erteilen. Allerdings zweifelt man in Pariser ausländischen diplomatischen Kreisen daran, daß sich die anderen alliierten Regierungen, die an den im September in Genf getroffenen Vereinbarungen beteiligt sind, auf eine Ernennung der Sachverständigen durch die Reparationskommission einlassen werden, da hierdurch das Problem der Ernennung der Sachverständigen ungewöhnlich kompliziert werden würde. Zudem ist es fraglich, ob diese Regierungen einer Teilnahme von Beobachtern Rumäniens, Polens usw. zustimmen würden.

Diese Information scheint eine Bestätigung in Hinweisen zu finden, die die Pariser Abendpresse vom Dienstag bringt. So schreibt beispielsweise Gaunain im „Journal des Débats", daß neben den eigentlichen Sachverständigen auch Beobachter der Sachverständigenkommission angehören würden, die die Möglichkeit hätten, ihre Wünsche geltend zu machen. Gaunain weist in seinem Artikel weiter darauf hin, daß gemäß § 234 des Friedensvertrages alle Mächte, die in der Reparationskommission vertreten seien, ihre Zustimmung zu den Vorschlägen der Sachverständigen erteilen müßten. Die oft gut informierte „La Presse" spricht ihrerseits sogar von Griechenland, Jugoslawien, Rumänien und Polen, die, wenn auch nicht im gleichen Maße, so doch aber immerhin stark an der Regelung der Reparationsfrage interessiert seien.

Sollte tatsächlich die völlig überraschende Maßnahme einer Betrauung der politischen Reparationskommission mit der Auswahl wirtschafts- und finanzpolitischer Sachverständiger den Erfolg haben, daß nun auch die Vertreter der mit Frankreich verbündeten Ost- und Balkanstaaten aktiv in das Reparationsproblem eingreifen, dann wäre die restlose Politisierung des Reparationsproblems schon in der Sachverständigenkonferenz vollständig.

*

Wir geben diese Meldung der Telegraphen-Union nur unter Vorbehalt wieder. Bisher ist diese Version von keiner anderen Stelle verbreitet worden. Würde sie zutreffen, dann wäre in der Tat das Ergebnis jene Politisierung der Reparationsverhandlungen, gegen die sich Deutschland mit Recht sträubt. Die Genfer September-Vereinbarung hat jedenfalls dergleichen nicht vorgesehen. Außer den Sachverständigen, die nur von den Hauptmächten bestellt werden sollten, wollte man nach Möglichkeit auch amerikanische Beobachter zuziehen, von sonstigen Teilnehmern war damals nicht die Rede. Es ist allerdings richtig, daß Polen wiederholt seine Verstimmung über diese „Ausschaltung" bekundet hat, zumal im Zusammenhang mit der Rheinlandräumung. Sollte nun Frankreich das Sachverständigengremium auf diese Art erweitern wollen, so wäre die politische Absicht unverkennbar: Diese neuen Beobachter würden die Rolle einer Hilfstruppe Frankreichs gegen den deutschen Standpunkt zu spielen haben.

Deshalb ist zu hoffen, daß sich die Meldung der Telegraphen-Union bald als unrichtig erweisen wird.

Die schmutzigsten Kriegsverdiener.

Geschäft mit falschen Gefallenenleichen.

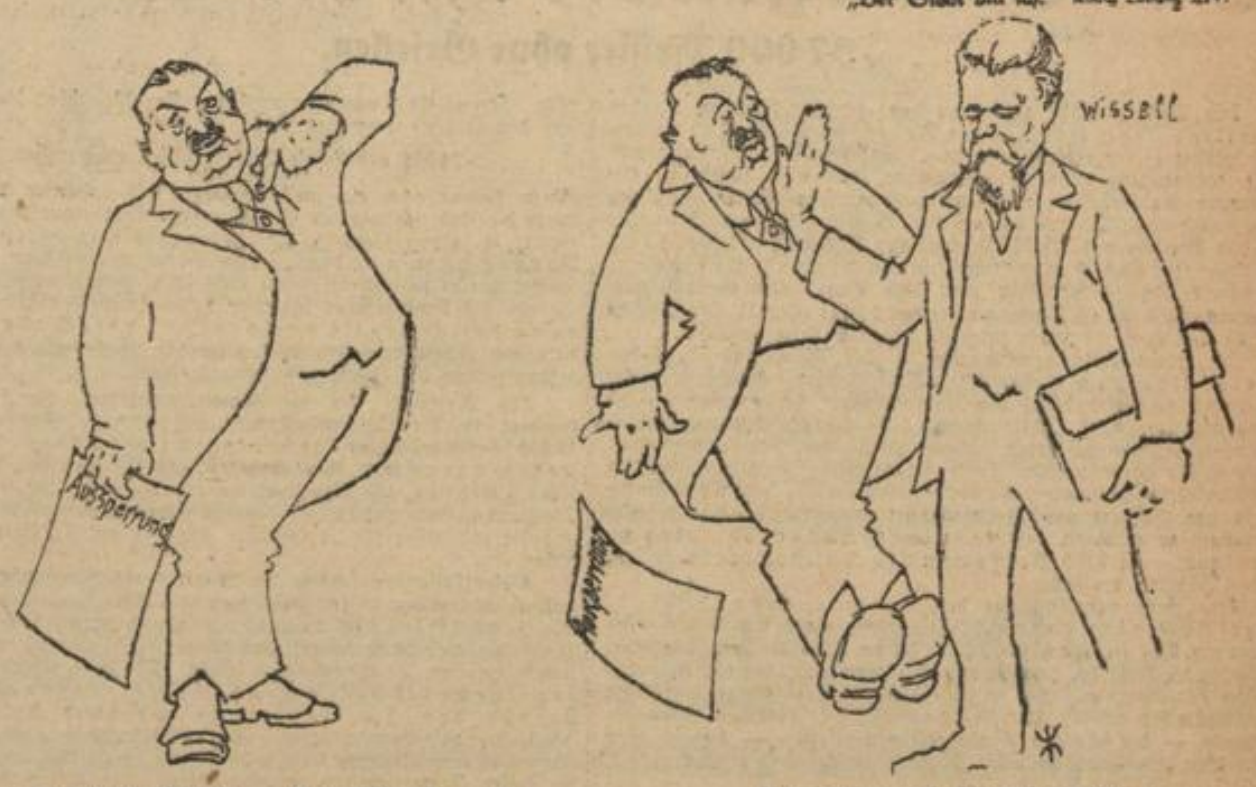
Paris, 27. November. (Eigenbericht.)

Außer den Kriegs- und Reparationsgewinnlern gibt es in Frankreich auch Geschäftstüchtige, die noch aus den Gefallenen Profit zu ziehen verstehen. Als solche stellen sich die Inhaber zweier Pariser Bestattungsinstitute dar, die vom Pensionsministerium mit der Umbettung und teilweisen Heimbeförderung der in Nordfrankreich ruhenden Gefallenen beauftragt waren. Sie verdienten, wie das Komitee der Vereinigung Kriegsverletzter Schriftsteller der Leitung des Frontkämpferverbandes zur Kenntnis brachte, an diesem Geschäft nicht weniger als 40 Millionen Franken. Dabei wandten sie bei der Ausführung der ihnen übertragenen Arbeiten zum Teil die widrigsten Geschäftsmethoden an. Eine ganze Anzahl toter Krieger wurde „verwechselt" oder „vergessen". Reiche Familien, deren Söhne nicht auffindbar waren, erhielten die Körper fremder Gefallener.

Amanullah führt Krieg — gegen seine Landsleute, die seine Schnellreformen zur Ausrottung des Nationalcharakters nicht wollen. Er ist nach Jellalabad abgereist, um die Operationen gegen den Stamm der Schinwaris zu leiten, der die Feindseligkeiten fortsetzen und auf die afghanischen Vorposten feuern soll. Die Straße Dakka—Jellalabad bleibt gesperrt.

Unternehmer-Absolutismus.

„Der Staat bin ich." Ludwig XIV.



Der Ruhrindustrielle: „Der Staat . . ." . . . sind Sie noch lange nicht!"

Schröpfung des Saargebiets.

Sogar Völkerbundbeschlüssen entgegen.

Saarbrücken, 27. November.

Im Haushaltsplan für das Saargebiet erscheinen auch 200 000 Franken für die Unterbringung des Saarbahnschutzes. Dieser Posten ist rechtswidrig, denn im Bericht der Saarregierung vom 18. Februar 1927 an den Völkerbund heißt es ausdrücklich: „Durch die Organisation und Unterhaltung der Eisenbahnkommission und des Bahnschutzes darf dem Saargebiet keinerlei finanzielle Belastung entstehen." Stresemann, Briand, Chamberlain, Scialoja und Vandervelde erklärten diesen Bericht als Grundlage der Märzentscheidung 1927. Die Aufführung von 200 000 Franken für die Bahnschutztruppe im Haushaltsplan des Saargebiets stellt also eine Verletzung des Beschlusses des Völkerbundes vom März 1927 dar. Ebenso unrechtmäßig sind 10 000 Franken für den provisorischen Abstimmungskommissar, es gibt nämlich keinen solchen für das Saargebiet mehr. Die Tätigkeit des letzten Kommissars fand ihr Ende am 2. Februar 1926. Die Bewachung des Abstimmungsarchivs ist jetzt den Landräten und Bürgermeistern übertragen, und zwar unter persönlicher Haftung der dazu bestimmten Angestellten.

Der Saarvolkswille.

Die Stadtverordnetenversammlung hat einstimmig einer Entschließung zugestimmt, in der Treue zum deutschen Vaterland gelobt und die Aufrechterhaltung eines politisch und wirtschaftlich autonomen Saargebiets infolge der organischen Zugehörigkeit der Saarwirtschaft zur deutschen Wirtschaft sowie in Anbetracht des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung als unhaltbar bezeichnet wird. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet von der Presse aller Länder die Unterstützung dieser Forderung, vom französischen Volk die Bereitwilligkeit zur friedlichen Verständigung über die Saarfrage und vom Völkerbund und seinem Rat baldige Lösung der Saarfrage im Sinne des Willens der Bevölkerung.

Französisch-nationalistische Treibereien.

Die Association franco-sarroise bereitet für den 6. Dezember in Paris eine Kundgebung vor, um die Forderungen der französischen Kriegsverletztenverbände darzulegen. Den französischen Kriegsverletztenverbänden hat man die „Anregung" gegeben, an dem Ueberschuß aus der französischen Saarausbeutung finanziell beteiligt zu werden. Als Hauptredner wird Kommandant Benezac auftreten. Dieser Major a. D. steht seit Jahren im Dienste der französischen Saarbergwerksdirektion und ist unter einem unzutreffenden Titel eine Art „wissenschaftlicher" Berater der französischen Propagandaabteilung. Der Veranstaltung steht auch der Präsident des Heeresausschusses der Deputiertenkammer, Oberst Fabry, nahe.

Zum Tode Ferdinand Ewalds.

Beileid des Reichskanzlers.

Reichskanzler Genosse Hermann Müller hat an den Stadtrat Ewald folgendes Beileidstelegramm gerichtet:

„Zum Tode Ihres Vaters, mit dem wieder einer unserer Alten dahin ging, sage ich Ihnen in Erinnerung an gemeinsame Tätigkeit in der sozialistischen Bewegung mein herzlichstes Beileid."

Reichsbahn gegen Achtstundentag.

Verwaltungsrat droht mit neuer Tariferhöhung.

Erst vor wenigen Monaten erhielt die Deutsche Reichsbahn vom Reichsbahngericht das Recht zugesprochen, ihre Personen- und Gütertarife heraufzusetzen, obwohl die Begründung der Verwaltung zu dieser neuen Belastung von Wirtschaft und Publikum keineswegs stichhaltig war. Auch die finanziellen Ergebnisse der Deutschen Reichsbahn vor der Tariferhöhung im Oktober waren über alle Erwartungen gut, da der Güterverkehr, die Hauptreinnahmequelle der Reichsbahn, gegenüber der Glanzzeit vom Vorjahre kaum zurückstand.

Man sollte also annehmen, daß die Reichsbahnverwaltung mit dieser Entwicklung zufrieden wäre. Das Gegenteil aber ist der Fall. Die Töne, die auf der Sitzung des Verwaltungsrats am 26. und 27. November angeschlagen wurden, müssen in der Oeffentlichkeit den Anschein erwecken, als ob die Reichsbahn aus dem letzten Loch pfiffe. Der Sitzungsbericht läßt aber keinen Zweifel darüber aufkommen, daß diese pessimistische Beurteilung der künftigen Entwicklung der Reichsbahn eine ganz bewußte sozialreaktionäre Tendenz erfolgt.

In der beabsichtigten Reform der Arbeitszeit der Reichsbeamten, die sich auf die Eisenbahner erstrecken würde, erklärt der Verwaltungsrat, daß diese beabsichtigte kürzere Arbeitszeit unweigerlich eine entsprechende Vermehrung von Beamten und Arbeitern nach sich ziehen müsse. Die durch die Einführung der wöchentlich 48stündigen Arbeitszeit entstehende jährliche Mehrausgabe sei für die Reichsbahn auf 250 Millionen zu schätzen. Zur Deckung dieser Mehrausgaben käme als einziges Abhilfemittel nur eine neue Tariferhöhung in Frage.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn, der mit seiner bisherigen Personalpolitik die Arbeitskraft der Eisenbahner in einer Weise ausgenutzt hat, daß die Betriebssicherheit auf den deutschen Bahnen ernstlich gefährdet erscheint, versucht also von vornherein die Durchführung des Achtstundentages mit der Drohung einer neuen Tariferhöhung zu sabotieren. Es ist der Geist der Verwaltungsratsmitglieder Siemens und Klöckner, der aus diesen Ausführungen spricht. Jedoch werden sich die verantwortlichen Männer der Deutschen Reichsbahn schwer täuschen, wenn sie annehmen, mit dieser Drohpolitik die Reichsregierung einschüchtern zu können.

Ohrfeigen im Sejm.

Antwort auf ukrainische Anklagen.

Warschau, 27. November.

Im Budgetausschuß des Sejm kritisierte der ukrainische Abg. Chruzki scharf die Behandlung der Minderheitsvölker, wobei er betonte, daß hierdurch dem Ansehen Polens im Auslande Abbruch getan werde. Darüber entspann sich zwischen dem Abg. Dr. Polakiewicz (Pilsudski-Block) und dem Ukrainer ein heftiger Wortwechsel, in dessen Verlauf der Ukrainer den Dr. Polakiewicz einen Gendarmen nannte. In den Wandelgängen von Dr. Polakiewicz aufgefordert, seinen Anruf zu wiederholen, erklärte Chruzki, er habe etwas von Gendarmen erzählt, als ihm daraufhin Polakiewicz erwiderte, er würde ihn ohrfeigen, wenn er ein Pole wäre und er nicht wüßte, daß der Empfänger eine solche Handlung zu propagandistischen Zwecken ausnützen würde, bezeichnete ihn der Ukrainer als einen Narren. Dr. Polakiewicz versetzte darauf dem ukrainischen Abgeordneten zwei Ohrfeigen. Man erwartet ein Nachspiel.

Shakespeare in der Volksbühne

„Macbeth".

Eine sorgfältige, mit Liebe und Fleiß durchgearbeitete Inszenierung. Grandiose Bühnenbilder, in denen besonders die Massenszenen zur Geltung kommen; auf dem Rundhorizont aufleuchtende Projektionen zaubern imposante Bauten hervor. Langdauernder Beifall für Agnes Straub, Heinrich George und den Regisseur Leo Reuß.

Dgz.

Friedens- oder Rüstungspolitik?

Bedenken der Radikalen gegen den neuen Heeresetat.

Paris, 27. November. (Eigenbericht.)

Die Radikalen befaßten sich am Dienstagmorgen mit den von der Regierung geforderten Heereskrediten. Der Führer der Gruppe, Daladier, wurde beauftragt, in der allgemeinen Diskussion des Kriegsbudgets die Bedenken der Radikalsozialen gegen die Kredite im Hinblick auf die Friedenspolitik Frankreichs darzulegen.

Das Bäckergewerbe in der Statistik

37 000 Meister ohne Gesellen.

Das Bäckergewerbe gehört zu den wenigen Berufen, die den familienwirtschaftlichen Betriebscharakter in ausgeprägtester Form erhalten konnten. Sowohl die amtlichen Ergebnisse der jeweiligen Betriebszählungen, wie auch statistische Erhebungen der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen bestätigen diese Erscheinung. Bei der gewerblichen Betriebszählung 1925 wurden **104 048 Betriebe mit 375 723 beschäftigten Personen** ermittelt. 92 464 Betriebe oder 88,9 Proz. beschäftigten nur bis zu 5 Personen, insgesamt 258 413 Personen oder 88,8 Proz. aller Beschäftigten. Betriebe mit 6 bis 50 Personen wurden 11 441 oder 11 Proz., solche mit 51 und mehr Personen nur 143 oder 0,1 Proz. gezählt.

Die Brotproduktion wird also in der Hauptsache von den Kleinbetrieben beherrscht. Die Existenzmöglichkeit dieser Zwergbetriebe wird durch den unmittelbaren Warenabsatz an die Kundschaft begünstigt. Dadurch sind diese wirtschaftlich unrentablen Kleinunternehmungen gegen andere gleichartige Berufe wirtschaftlich weit im Vordertreffen. Diese Zwergbetriebe brauchen nicht mit fremdem Geld zu arbeiten, da die Einnahmen aus dem Tagesumsatz ihnen den Einkauf von Rohprodukten ermöglichen. Es ist auch interessant zu erfahren, daß auf einen Bäckereibetrieb im Durchschnitt nur 600 Personen als Kundenkreis bei der letzten Zählung entfielen.

Neuerdings veröffentlichte der Zentralverband Deutscher Bäckerinnungen das Ergebnis einer statistischen Erhebung bei seinen Mitgliedern über die technische Entwicklung, die Zahl der beschäftigten Personen und über die Betriebsgrößen der Betriebe. Das Ergebnis ist überaus interessant; denn es erstreckte sich auf 91 489 Bäckermeister, die dem Innungsverbande — der größten Handwerkerorganisation — angeschlossen sind. Von den Inhabern aller Bäckereibetriebe sind mithin

87,9 Proz. in 1639 Innungen vereinigt.

Die technische Entwicklung verzeichnet bedeutende Fortschritte. Im Jahre 1901 waren erst 786 Bäckereien mit Kraftbetrieben der Berufsgenossenschaft angeschlossen, und jetzt wurden 54 882 Kraftbetriebe ermittelt. Der Gemischtbetrieb ist mit 34 318 vertreten. Auch diese Tatsache trägt bestimmt zur Existenzmöglichkeit der Zwergbetriebe im hervorragenden Maße bei. In den von der Erhebung erfaßten Betrieben wurden ermittelt: **66 226 Bäckergehilfen,** 3186 Konditorgehilfen, 53 849 Lehrlinge, 5970 Verkäuferinnen und 18 604 sonstige Hilfskräfte. Während 1914 35 647 Lehrlinge neben 55 345 Gehilfen beschäftigt waren, erhöhte sich die Lehrlingsziffer in der Weise, daß nunmehr

auf je 100 beschäftigte Gehilfen 81,2 Lehrlinge

entfallen. Da jedoch in der Gehilfenzahl einige Tausende Bäckermeistersöhne mit inbegriffen sind, so wirkt sich erst mit aller Deutlichkeit die starke Ueberfüllung des Gewerbes mit Lehrlingen aus, die wohl in erster Linie auf das bestehende Schutzgesetz, das die Nacht- und Sonntagsarbeit verbietet, zurückzuführen ist. **20 566 Bäckermeister arbeiten ganz allein und 16 430 nur mit Lehrlingen.**

Die Länderverordnungen über die Beschränkung der Lehrlingshaltung für die einzelnen Betriebe waren nicht dazu angetan, eine Eindämmung der Lehrlingszüchterei herbeizuführen. Ueber den Reichsdurchschnitt ragen hinaus: Baden mit 2227 Gehilfen und 2240 Lehrlingen, Mecklenburg 759 zu 823, Ost- und Westpreußen 1451 zu 1559, Pommern 1690 zu 1801, Schlesien 3133 zu 4140 und Württemberg 1893 zu 2172.

Unter diesen Verhältnissen ist es nicht verwunderlich, daß eine hohe Zahl von erwerbslosen Bäckergehilfen die Arbeitsnachweise bevölkert und der Arbeitslosenunterstützung zur Last fällt. Zurzeit sind nach den amtlichen Berichten über die Frequenz auf den Arbeitsnachweisen

24 641 arbeitslose Bäckergehilfen eingetragen.

Hinzu kommt noch ein weit größerer Teil gelernter Bäcker, der durch die Ueberfüllung des Gewerbes mit Lehrlingen keine Beschäftigung in seinem Gewerbe finden kann, es vorzieht, in andere Berufe abzuwandern. Das Bäckergewerbe kann den Nachwuchs, den es heranzieht, längst nicht mehr unterbringen. Trotzdem fordern die Unternehmer in ihrer Organisation die Verlängerung der Lehrzeit von drei auf vier Jahre, und in einzelnen Zweigverbänden wird stürmisch die Beseitigung der Verordnung über die Lehrlingshaltung verlangt.

Die Merkmale des familienwirtschaftlichen Berufscharakters kommen in der Unternehmerstatistik scharf zur Geltung. **Rund 37 000 Betriebsinhaber** arbeiten allein oder nur mit Lehrlingen, aber **ohne Gehilfen,** 43 489 Betriebe beschäftigen 1 bis 5 Gehilfen, 480 Mittelbetriebe arbeiten mit 6 bis 10 Gehilfen. Die Betriebsklasse mit 11 bis 20 Beschäftigten ist nur mit 79 Betrieben und die mit mehr als 21 Gehilfen gar nur mit 11 Betrieben vertreten.

Dieser Zusammensetzung der Betriebsgrößen entspricht auch die geistige Einstellung in den Innungen und ihrer Zentralorganisation. Sie ist zünftlerisch rückständig und nimmt stets bei ihren Maßnahmen Bedacht darauf, den kleinen, wirtschaftlich unrentablen Zwergbetrieben Unterstützung zu leihen. Die Herren sind Gegner der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation, Feinde des Tarifvertrags und starre Anhänger des Herrn-im-Hause-Standpunktes. Wenn sich trotzdem auch der Tarifvertrag in dem Gewerbe durchsetzen konnte, so ist dies auf die Macht der freien Gewerkschaften zurückzuführen. Die Unternehmerstatistik muß selbst 322 Tarife zugeben, davon wurden mit der freien Gewerkschaft 284 Verträge, die sich auf 33 340 Betriebe mit 40 719 Personen erstrecken, vereinbart.

Auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist in die veraltete zünftlerische Anschauungsweise der kleinen Handwerker tüchtig Bresche geschlagen worden. Immerhin verfügen die Innungen über eine große Macht. In 182 Innungsarbeitsnachweisen haben sie den Einfluß auf und über die Kontrolle über die Arbeitsvermittlung.

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht kann nicht behauptet werden, daß es den Unternehmern schlecht geht. Von den 91 489 befragten Innungsmeistern wurden **66 435 als Hauseigentümer** festgestellt. Das sind 73,5 Proz. aller Bäckermeister, die über eigene Häuser verfügen. Im Jahre 1925 betrug das Prozentverhältnis erst 61,5. Also in den Jahren, in denen es Millionen der erwerbstätigen Bevölkerung überaus schlecht erging und durch lange Arbeitslosigkeit Elend und Not in vielen Familien zu verzeichnen war, konnte sich die Vermögenslage der Bäckermeister gut konsolidieren.

Die Innungsstatistik erbringt den Beweis der großen Macht, über die die Bäckermeister in ihrer Organisation verfügen. Es sind fast keine Außenseiter vorhanden. In diesen Kreisen herrscht Geschlossenheit und Einigkeit in allen wirtschaftlichen Fragen, und die Bäckermeister können mit Stolz auf ihre große, starke Organisation verweisen.

Anders sieht es im Gehilfenlager aus. Hier ist Hader, Zank und Streit, wodurch die Gehilfen gegenüber den gut organisierten Unternehmern ohnmächtig sind. Von gewissen Elementen wird der Gehilfenschaft vorgegaukelt, sie haben die Möglichkeit zum Meisterwerden, und dieser Gedanke wird in schlauer Weise von den Bäckermeistern gefördert, um dadurch zu erreichen, daß sie willige und billige Arbeitskräfte stets haben können. A. Lankes.

Reichskonferenz der Postgewerkschaft.

Die Personalwirtschaft der Reichspost.

Im Mittelpunkt der Reichskonferenz der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft am Dienstagvormittag stand ein Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Steinkopf über „Die Rationalisierung und Personalwirtschaft der Deutschen Reichspost". Der Referent stellt zunächst fest, daß sich die Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft niemals gegen die Rationalisierungsmaßnahmen der Deutschen Reichspost gewandt habe, soweit sie eine Vereinfachung und Verbilligung des Betriebes und der Verwaltung und damit zugleich eine Hebung des Verkehrs und des Allgemeinwohls bezweckt habe. Die Organisation und ihre Mitglieder haben diese Bemühungen stets unterstützt und werden das auch in der Zukunft tun.

Das Personal wendet sich jedoch gegen diejenigen Maßnahmen und Verfügungen, die mit dem Wesen der Rationalisierung nicht mehr das Geringste zu tun haben und die nicht nur keine Rücksicht auf das menschliche Arbeitsvermögen des Personals, sondern auch auf die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehrs nehmen. Bei der Bemessung des Personalbedarfs muß auch die Leistungsfähigkeit des Personals in Rechnung gestellt und eine Ueberanstrengung vermieden werden.

Daß in dieser Hinsicht eine grundfalsche Rationalisierungspolitik getrieben wird, zeigt die gewaltige Steigerung der Krankheitsziffern im Jahre 1927 gegen das Jahr 1926. Diese offensichtlichen Mißstände in der Personalpolitik können nicht durch Wohlfahrtsverfügungen behoben werden. Die beste Wohlfahrtsfürsorge für das gesamte Personal der Reichspost wäre die Wiedereinführung des Achtstundentages.

Es könne auch nicht gutgeheißen werden, daß mehr und mehr Postdienstgeschäfte auf Privatpersonen übertragen werden und die Berufsbeamten planmäßig abgebaut werden. Das Hoheitsrecht des Reiches auf Einrichtung und Wahrnehmung des Post-, Telegraphen- und Fernsprechdienstes muß unbedingt erhalten und der Charakter der Reichspost als Ressort der Reichsverwaltung gewahrt werden. Notwendig sei, daß alle dauernd erforderlichen Dienstposten mit Beamten besetzt und eine entsprechende Zahl von Helfern in das Beamtenverhältnis übergeführt werden.

Genosse Steinkopf versicherte zum Schluß seines Referats, daß sich die Vertreter des Personals der Deutschen Reichspost im Parlament und im Verwaltungsrat für die von ihm vorgetragenen Forderungen nachdrücklichst einsetzen werden. Die Diskussion bewies, wie begründet die Kritik des Genossen Steinkopf an den Rationalisierungsmaßnahmen der Reichspost war. Eine Entschließung, in der die Forderungen der Reichskonferenz kurz umrissen werden, wurde einstimmig angenommen. Der Nachmittag wurde ausgefüllt durch Sitzungen der einzelnen Ausschüsse.

Die Aussperrer haben Zeit.

Noch kein Antrag beim Reichsarbeitsgericht.

Bis Dienstag nachmittag war beim Reichsarbeitsgericht der von den Scharfmachern angekündigte Revisionsantrag gegen das Urteil des Landesarbeitsgerichts noch nicht eingegangen. Sobald ein diesbezüglicher Antrag mit Begründung eingegangen sein wird und die Akten im Reichsarbeitsgericht vorliegen, darf damit gerechnet werden, daß der Termin für allerkürzeste Zeit, und zwar unter Hintanstellung aller sonstigen, dem Reichsarbeitsgericht zur Entscheidung vorgelegten Streitfälle angesetzt werden wird. Es ist sehr wohl möglich, daß dieser Termin vor dem 15. Dezember liegen wird.

Vereinfachung der Arbeitslosenmeldungen!

Man schreibt uns: Durch die Zusammenlegung der Berliner Arbeitsämter sind auch die Adressen der Dienststellen vielfach verändert worden. Das Landesarbeitsamt Brandenburg würde den Arbeitslosen einen großen Dienst erweisen, wenn es sämtliche Arbeitsnachweise mit einem genauen Straßenverzeichnis versehen würde, aus dem hervorgeht, bei welcher Dienststelle der Arbeitslose seinen Unterstützungsantrag stellen muß. Wieviele unnötige Gänge und Fahrgelder würden den Arbeitslosen durch diese Erleichterung erspart bleiben!

Im Interesse eines glatten Verkehrs mit den Arbeitsämtern liegt es auch, wenn die Arbeitgeber eine genügende Anzahl Arbeitsbescheinigungen (enthaltend Arbeitsdauer, Bruttoverdienst, Krankenkassenzugehörigkeit, Entlassungsgrund) vorrätig halten, damit der Arbeitslose gleich mit richtigen Papieren seinen Antrag stellen kann.

Die Formulare können unentgeltlich von allen Arbeitsämtern bezogen werden.

30000 Berliner ZdA.-Mitglieder.

In der Generalversammlung des Zentralverbandes der Angestellten konnte der Vorsitzende Genosse Gottfurcht berichten, daß es nicht nur bei den Arbeiterorganisationen, sondern auch in der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung vorwärts geht. Das Ziel der Ortsgruppe war, bis zum Jahresschluß den Mitgliederbestand auf 30 000 zu bringen. Am Schluß des dritten Quartals zählte die Organisation bereits 28 447 Mitglieder und am Tage der Generalversammlung 30 000. Es ist zu erwarten, daß in der letzten Hälfte des vierten Quartals noch mindestens 500 neue Mitglieder gewonnen werden. Jedenfalls dürfte die Berliner Ortsgruppe des ZdA. ihren Mitgliederbestand im Laufe des Jahres um 6000 erhöhen.

Den stärksten Anteil an der Mitgliedersteigerung hat die Fachgruppe der Behördenangestellten. Die gedruckten Statistiken lassen erkennen, welche umfangreiche und von den Verbandsmitgliedern meist nicht geahnte Bureauarbeit zu erledigen war, um auf allen Gebieten die Interessen der Mitglieder zu wahren. Da ein abschließender Bericht über die organisatorischen und tariflichen Erfolge der Organisation erst am Jahresschluß gegeben werden kann, faßte sich Genosse Gottfurcht in seinem Geschäftsbericht sehr kurz und behandelte dafür eingehender interne organisatorische Fragen, die dann auch im Mittelpunkt der Diskussion standen.

Der Kassenbericht weist für das dritte Quartal eine Mehreinnahme der Lokalkasse von 14 629 M. aus. An dem Geschäftsbericht wurde keine Kritik geübt. Einstimmig angenommen wurde eine Sympathieentschließung für die Ausgesperrten im Rhein-Ruhr-Gebiet.

Die Teno geht um!

Zwangswerbung bei der AEG.?

Uns wird geschrieben:

Jetzt, da der Stern der Technischen Nothilfe im Sinken ist, versuchen die Unternehmer diesen Apparat, koste es was es wolle, zu retten. Ein anschauliches Beispiel davon gibt ein Vorfall, der sich vor kurzem bei der AEG abspielte.

Wie bei anderen Firmen, leisten auch dort Studenten der Technischen Hochschule als Praktikanten ihre praktische Ausbildung ab. Bei der betriebskundlichen Aussprache am 19. November forderte der Leiter des Praktikantenausbildungswesens die Anwesenden auf, der Teno beizutreten. Er fügte hinzu, daß natürlich von der AEG kein Druck ausgeübt werde, daß er aber erwarte, von jedem den ausgefüllten Verpflichtungsschein zu erhalten. Als sich trotzdem nur zwei Studenten meldeten, suchte der betreffende Herr bei einer Besichtigung eines AEG-Betriebes drei Tage darauf weiter Propaganda zu treiben. Seinem persönlichen „sanften Druck" gelang es schließlich, noch fünf (von insgesamt 30) zum Beitritt zu bewegen. Weiteren zwei Leuten wurde die Beitrittserklärung einfach unter die Nase gehalten, mit der Aufforderung, sie umgehend auszufüllen.

Dieser Vorfall berührt um so eigenartiger, als die AEG früher in dieser Frage eine vernünftigere Stellung eingenommen hat, und erst jetzt, nachdem der Reichsinnenminister die Liquidation der Teno angekündigt hat, ihr Herz für sie entdeckt hat.

Textilschiedsspruch für Westsachsen.

Dresden, 27. November.

Die Verhandlungen vor der Schlichtungskammer unter dem Vorsitz des Landesschlichters, Ministerialrat Haack, zur Beilegung des Konflikts in der westsächsischen Textilindustrie wurden heute den ganzen Tag über fortgesetzt.

In später Abendstunde wurde ein Schiedsspruch gefällt, wonach die tariflichen Grundlöhne der Tarifverträge, die von den Arbeitgebern aufgekündigt worden waren, ab 1. Dezember 1928 um 5 Prozent erhöht werden.

Das neue Abkommen gilt bis zum 30. April 1930 und ist zu diesem Termin erstmalig mit zweimonatiger Kündigungsfrist kündbar.

Auch in der Frage der Tarifierung der sogenannten Berufsfremden ist eine Einigung erzielt worden. Die Erklärungsfrist läuft bis Dienstag, den 4. Dezember.

Neue Kündigung in der Textilindustrie.

Der Verband der Arbeitgeber im Bergischen Industriebezirk in Elberfeld hat den laufenden Tarifvertrag zu Ende des Jahres gekündigt. Er macht den Gewerkschaften das „Angebot", ihn unverändert bis Ende 1930 unkündbar zu verlängern. In diesem Falle will man die Forderung auf Lohnabbau der Konjunkturlöhne von 1927/28 zurückstellen. Es wird erklärt, daß die Barmer Textilindustrie seit der Mehrbelastung durch den Schiedsspruch vom 11. November 1927 einen starken Rückgang vor allem im Exportgeschäft erfahren habe und auch keine Aussicht auf eine Besserung dieser Lage bestehe.

Das Schema ist jetzt schon so abgebraucht, daß es bald beiseite geworfen werden könnte. Was die Herren wollen ist: keinen Pfennig Lohnzulage!

„Tragbar" ist nur der Profit.

Köln, 27. November. (Eigenbericht.)

Die Kölner Fleischereiarbeiter sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern eine Erhöhung der gegenwärtigen Mindestlöhne um 15 Proz. Die Kölner Großfleischer erklären dagegen, daß eine Erhöhung der Löhne gegenwärtig für das Gewerbe nicht tragbar sei.

Polier-, Werk- und Schachtmeisterbund. Heute Mittwoch, 19½ Uhr, Monatsversammlung mit Frauen in den Sophiensälen, Sophienstr. 17–18. 1. Vortrag: „Arbeitsrecht und wirtschaftspolitische Tagesfragen. Referent: Volkswirtschaftler Willi Nagge. 2. Die Pflichten unserer Mitglieder am Jahresschluß.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin, 3. Bezirk Wedding. Donnerstag 19 Uhr, Berlin Pankstr. 17, Schulaula, Bezirksversammlung. Tagesordnung: 1. Die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der freien Gewerkschaften. Referent Kollege Reuter, Hauptvorstand. 2. Verbandsangelegenheiten.

Achtung, Funktionäre der chemischen Industrie! Donnerstag, 29. November, 18½ Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Konferenz der Funktionäre des Fabrikarbeiterverbandes für die chemische Industrie. Kollege Haupt-Hannover referiert über das Thema „Die Stellung der chemischen Industrie in der Gesamtwirtschaft". Kein Funktionär der Amsterdamer Richtung darf in dieser Konferenz fehlen. Der Verbandsausschuß.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Mittwoch, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Zentrum:** Jugendheim Zehdenicker Str. 24–25. Vortrag: „Gewerkschaften und Jugend". — **Weißensee:** Gruppenheim, Weißensee, Parkstr. 36. Mädchenabend. **Baumschulenweg:** Gruppenheim Baumschulenweg, Ernststr. 16. Vortrag: „Die Frau und der Sozialismus". — **Neukölln:** Jugendheim Bergstr. 29 (Hof). Vortrag: „Möglichkeiten des Wintersports". — **Süden, Südwesten:** Städt. Jugendheim Yorckstr. 11 (Fabrikgebäude). Lichtbildervortrag: „Südwesten im Sommer 1928 bei Spiel — Sport und Wandern". — **Nordkreis** — **Kursus:** Jugendheim Sonnenburger Str. 20. Kursusreihe: „Jugendpsychologie". — **Jugendberatungsstelle** im Zimmer 7, Gewerkschaftshaus, Engelufer 24–25, von 18½–20 Uhr geöffnet.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: **Gesundbrunnen:** Jugendheim Schönstedtstr. 1 (Lehrlingsheim). Vortrag: „Der Kaffee". Referent Wilhelm Lewinski. — **Osten:** Jugendheim Blauer Str. 18. Vortrag: „Berlin im Licht". Referent Rudolf Bartel. — **Stralau:** Jugendheim Gottlieb-straße 61. Vortrag: „Die Aufgaben des internationalen Arbeitsamts". Referent Walter Eschbach. — **Südost:** Jugendheim Wrangelstr. 128. Berufkundlicher Arbeitsabend. Vortrag: „Der richtige Werbebrief". Leiter Heinz Mann. **Neukölln:** Jugendheim Böhmische Str. 1–4. Wir lesen. — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. Vorbereitung zum Elternabend.

Verantwortlich für Politik: Dr. **Curt Geyer;** Wirtschaft: **G. Klingelhöfer;** Gewerkschaftsbewegung: **Fr. Sklorz;** Feuilleton: **K. H. Döscher;** Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt;** Anzeigen: **Th. Glocke;** sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen".